

ROSALUX

JOURNAL DER ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

AUSGABE 2-2010



THEMA DIE DEBATTE UM DAS PARTEIPROGRAMM

LINKS BESTIMMT DEN KURS

GESINE LÖTZSCH IM INTERVIEW / MIT GASTBEITRÄGEN VON
ALEX DEMIROVIĆ, BIRKE BULL, CORINNA GENSCHEL UND HANS THIE

RÜCKBLICK LINKE MEDIENAKADEMIE MIT BESUCHERREKORD

ANALYSE DAS INSTITUT SOLIDARISCHE MODERNE

STUDIENWERK KONFERENZ ZUR KRITISCHEN THEORIE DER KRISE

INTERNATIONALES STRATEGIEDEBATTEN IN NEW YORK



EDITORIAL 3

RÜCKBLICK

Tanz und Erinnerungen – Buchpräsentation in Havanna	4
Polit-Beats am Polarkreis – Jugendtreffen in Murmansk	5
Bloggerin trifft Redakteur – Linke Medienakademie in Berlin	5
Viel los am Stand – Bericht von der Leipziger Buchmesse	6
Schloss-Palast-Ausstellung an der Bauhaus-Uni Weimar	6
Tagung in Erinnerung an Jörg Huffschmid in Berlin	6

AUSBLICK

Über Fußball und Südafrika – Stiftung beim «Fest der Linken»	7
Schauplatz der Kämpfe – Konferenz zu linker Stadtpolitik	8
Alternativen für Nord und Süd – «Green Tour» geht weiter	8

ANALYSE

Unentschlossene Gründer – Institut Solidarische Moderne	9
Alle sind für mehr Bildung – Strategien für Richtungswechsel	11

THEMA LINKS BESTIMMT DEN KURS

«Öffentliche Güter zentral»: Interview mit Gesine Lötzsch	12
Hans Thie: Gemeinwirtschaft neuen Typs	14
Birke Bull: Auch Männer sind anders	16
Tobias Pieper: Noch nicht angekommen	17
Corinna Genschel: Bewegender Streit	18
C. Hildebrandt/A. Striethorst: Europa – Manche haben zwei	19
Steffen Kühne: Zu wenig grünes Profil	20
Lutz Brangsch/Axel Krumrey: Erbe und Sozialismus	21
Alex Demirović: Zuviel Staatsvertrauen	22

STUDIENWERK

Zum Zeitkern der Wahrheit – Tagung zur Kritischen Theorie	24
Promotion, Partei und Burgenkunde – Sascha Wagener	25

INTERNATIONALES

Impulse in New York – Linke debattieren auf Left Forum	26
Videochat mit Chomsky – Medienprojekt in Gaza	27
Ein Cent pro Kilo Tomaten – Sozialforum in Westafrika	28

STIFTUNG

Offen für Skeptiker – Die Hamburger Landessiftung	29
Provinzräte aus Südafrika zu Gast in Berlin	29

LESESWERT

Neuerscheinungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung	30
--	----



Heinz Vietze

Florian Weis

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

die Bundesrepublik und Europa stehen derzeit im Zeichen der Eurokrise – und einmal mehr kennen die politischen und ökonomischen Machteliten nur eine Antwort, die sich zwischen pragmatisch-kurzfristigem Durchlavieren und massiven Belastungen für große Teile der Bevölkerung sowie der öffentlichen Haushalte bewegt. Die Reaktion auf den drohenden Staatsbankrott Griechenlands erscheint wie ein Menetekel: Krisenlösungen schließen keine notwendige konsequente Regulierung der Finanzmärkte ein, sondern versuchen das bestehende Konkurrenzmodell der europäischen Ökonomien fortzuführen. Es drohen wachsende soziale Spannungen und zunehmende repressive Tendenzen.

Die Linke muss darauf Antworten finden. Von ihren Ideen, von der Vehemenz ihres Widerstandes als Opposition in Parlamenten und in sozialen Auseinandersetzungen ebenso wie von ihren Projekten als Regierungspartei wird entscheidend abhängen, ob sich genügend Menschen gegen unsoziale und demokratiefeindliche Tendenzen mobilisieren lassen und die dringend nötige gesellschaftliche Neuorientierung gelingt. Ein wichtiger Baustein dabei kann die Programmdebatte der Partei DIE LINKE sein, die sich als demokratisch-sozialistische und ökosoziale Bewegung versteht und deren Strahlkraft aufgrund ihrer Wahlerfolge weit über die Bundesrepublik hinausreicht. Der erste Entwurf für das künftige Grundsatzprogramm liegt seit Mitte März 2010 auf dem Tisch. Daran mitgewirkt haben auch Vertreter der Rosa-Luxemburg-Stiftung, ebenso wie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich bereits in die Debatte eingemischt haben.

Auch das Thema dieser «RosaLux» widmet sich den Fragen, welchen Kurs DIE LINKE einschlägt, wo ein Nachnavigieren ratsam oder gar eine Richtungskorrektur notwendig ist. Die stellvertretende Vorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung und designierte Parteivorsitzende, Gesine Löttsch, verweist im Interview auf zwei zentrale Punkte: das öffentliche Eigentum und den sozialökologischen Umbau. Zudem dringt sie auf eine breite Diskussion nicht zuletzt mit AkteurInnen außerhalb der Partei: «Wir dürfen nicht im eigenen Saft schmoren.» Daneben geht es im Thema um ausgewählte Politikfelder. Erneut kommen dabei auch GastautorInnen zu

Wort: Hans Thie plädiert für die Übernahme kommunaler Versorgungsunternehmen in die öffentliche Hand, Birke Bull für eine Geschlechterdebatte, die auch benachteiligte Männer nicht vergisst, und Corinna Genschel diagnostiziert trotz erster bemerkenswerter Erfolge weiteren Klärungsbedarf im Verhältnis zwischen Partei und sozialen Bewegungen. Der Politologe Tobias Pieper sieht DIE LINKE noch nicht in der Einwanderergesellschaft angekommen, mehr grünes Profil wünscht sich Steffen Kühne, Alex Demirović empfiehlt weniger Glauben in die Regulierungskräfte des kapitalistischen Staates. Cornelia Hildebrandt und Anna Striethorst blicken zudem auf die Programmdebatten anderer europäischer Linksparteien. Lutz Brangsch und Axel Krumrey schauen zurück und nach vorn auf «Gesellschaftspolitische Foren», mit denen die Rosa-Luxemburg-Stiftung der Debatte über die Programmatik der ihr nahestehenden Partei breiten Raum geben will (Seiten 12 bis 23).

Bündnischancen im Kampf für linke Mehrheiten sind auch Gegenstand der Analyse. Michael Brie setzt sich mit dem Institut Solidarische Moderne auseinander, das sich «Crossover»-Projekte auf die Fahnen geschrieben hat. Fabio di Masi berichtet zudem über eine Diskussionsrunde der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die Schnittpunkte für Mehrheiten jenseits des neoliberalen Blocks auszuloten versuchte (Seiten 9 bis 11).

Trotz eines Übergewichts innenpolitischer Themen kommt die internationale Ausrichtung der Rosa-Luxemburg-Stiftung nicht zu kurz. Sie zieht sich quer durch das Heft – von Rückblicken auf eine Buchpräsentation in Havanna und ein Jugendnetzwerk-Treffen in Murmansk (ab Seite 4) über den Ausblick auf den Besuch der berühmten US-Bürgerrechtlerin Angela Davis in Berlin und Magdeburg (Seite 7) bis zu Berichten über die Teilnahme der Stiftung am Left Forum in New York sowie ihre Unterstützung für Projekte in Gaza und Westafrika (Seiten 26 bis 28).

Wir wünschen Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, eine aufschlussreiche Lektüre und viele Erkenntnisse.

HEINZ VIETZE IST VORSTANDSVORSITZENDER DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG. FLORIAN WEIS IST GESCHÄFTSFÜHRENDES VORSTANDSMITGLIED DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG



Mit einem Tanzstück wurde die Buchpräsentation der Stiftung in Havanna eröffnet. Foto: Ricardo Ramirez Arriola

VERONA WUNDERLICH

TANZ UND ERINNERUNGEN

BÜRO MEXIKO PRÄSENTIERT IN HAVANNA EIN BUCH ÜBER KUBANERINNEN IN DER DDR

Im Alter von sieben Jahren kam die spastisch gelähmte Yanel Barbeito nach Ostberlin. 31 Jahre später tanzte sie mit ihrem Ensemble des kubanischen Fernsehballets als Auftakt der Buchvorstellung der Rosa-Luxemburg-Stiftung bei der Internationalen Buchmesse in Havanna.

Mitte Februar wurde dort das Buch «Regresé siendo otra persona» präsentiert – was soviel wie «Ich kam als anderer Mensch zurück» heißt. Fünf junge Tänzerinnen und ein Tänzer zogen die Menschen auf dem kopfsteingepflasterten Weg vor den Katakomben der «Cabaña» in ihren Bann. In der Festungsanlage findet jedes Jahr die Internationale Buchmesse von Havanna statt.

Zunächst stand das Ensemble regungslos inmitten der vorbeilaufenden BesucherInnen, war nicht sofort als Gruppe professioneller TänzerInnen erkennbar. Doch dann begannen die KünstlerInnen ein Stück der Lebensgeschichte von Yanel zu tanzen. Es handelt von Ausgrenzung und Schmerz, Hoffnung und Enttäuschungen, aber auch von Kraft und Optimismus. Mit großer Ausstrahlungskraft wurde das Stück dargeboten, mit einfachen aber phantasievollen Requisiten. Vor allem eine hochschwängere Tänzerin zog die Blicke des Publikums auf sich.

Dann ging es in die angrenzende Kapelle, wo die Buchvorstellung mit etwa 100 BesucherInnen stattfand. Vor dem Altar hing die Fahne mit einem Bild Rosa Luxemburgs, unter dem Gekreuzigten in engen Kirchenbänken saßen hochrangige Gäste: ehemalige kubanische Botschafter in der DDR, Mitglieder des Zentralkomitees und der deutsche Botschafter in Havanna. Zum Abschluss spielte eine junge Musikgruppe um den Trovador Rubén Moro, Sohn einer kubani-

schen Historikerin, die einst in Halle/Saale studierte – Facetten des kubanischen Sozialismus.

Das Buch erzählt 20 Jahre nach dem Ende der DDR über das Leben von zwölf Kubanerinnen und Kubanern in diesem Land. Sie studierten und arbeiteten dort zwischen 1961 und 1989. Interviewt wurden sie von Wolf-Dieter Vogel. Die Idee zu dem Buch war im Jahr 2004 auf der Messe in Havanna entstanden. Die erste Publikation des Büros widmet sich in spanischer Sprache einem Kapitel der Erinnerungsliteratur, das bisher kaum Erwähnung fand – immerhin wird von mindestens 30.000 Kubanerinnen und Kubanern ausgegangen, die einen prägenden Teil ihres Lebens in der DDR verbrachten und als andere Menschen in ihr Land zurückkehrten.

Zur Präsentation kamen Mitarbeiterinnen der Stiftung aus Berlin und Mexiko, der Autor und der Fotograf. Etwa 1.000 Buchexemplare wurden nach Kuba geschickt – 250 wurden bei den Buchvorstellungen auf der Buchmesse und in der «Casa Humboldt» dem interessierten Publikum übergeben. Weitere 400 werden in den öffentlichen Bibliotheken des Landes verteilt. Auch abseits der Messe kam das Buch zum Einsatz. Der Autor und die kubanische Koordinatorin lasen aus ihm in der 1844 von den deutschen Brüdern Upmann gegründeten gleichnamigen Tabakfabrik, wo traditionell den Zigarren rollenden ArbeiterInnen vorgelesen wird. Die deutsche Ausgabe von «Regresé siendo otra persona» folgt in diesem Jahr. Unter www.rosalux.org.mx/index.php gibt es mehr mehr zum Buch und zur Vorstellung in Mexiko und Kuba für Spanischkundige.

VERONA WUNDERLICH ARBEITET ALS PROJEKTKOORDINATORIN FÜR MEXIKO, MITTELAMERIKA UND KUBA IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

ANN-KATRIN LEBUHN

POLIT-BEATS AM POLARKREIS

JUNGE KREATIVE AUS RUSSLAND UND DER BUNDESREPUBLIK TRAFEN SICH IN MURMANSK

Ende März fand in Murmansk ein internationales Jugendbildungsprojekt statt – der «Dialog der Kulturen». Junge Kreative und Interessierte aus Russland und Deutschland sprachen über politische Kunst und Kultur. In Workshops erarbeiteten sie gemeinsame Kleinprojekte und vernetzten sich.

Zwei Meter hohe Schneewände säumen die Straßenränder. Es ist richtig kalt. Das Thermometer zeigt minus 15 Grad Celsius. Die Passanten auf den Fußwegen eilen hastig auf dem schmalen Trampelpfad im Schnee an uns vorbei: «Iswinitje!» («Entschuldigung!») Noch wenige Schritte, dann erreichen wir den Kulturpalast, den Hauptveranstaltungsort des «Dialogs». Die Themen sind vielfältig und reichen von Straßenperformance und der Handarbeit als Intervention in den öffentlichen Raum über die politische Kunstausstellung als Medium antirassistischer Bildungsarbeit sowie einer Werkstatt für Zufallskunst bis zur Debatte um die Utopiegesellschaft. Murmanskere Jugendliche zwischen 17 und 25 Jahren sowie die jungen KünstlerInnen der deutschen Delegation entwickeln ihre eigenen Arbeiten und Diskussionen. Die Workshops werden von einem Team ebenso junger KoordinatorInnen gedolmetscht. Der Illustrations- und Grafikdesigner Max hält einen Vortrag über politische Comics. Die 30 TeilnehmerInnen schauen sich die Zeichnungen an, die Max an die Wand power-pointed. «... und in dem Comic «Akira» wird die kapita-

listische Stadt zum Gegenstand der Kritik. Die Shopping-Mall ist in dem Comic als Hölle dargestellt, in der die Einwohner der Stadt zum Konsum verurteilt schmoren ...». Einige TeilnehmerInnen grinsen und flüstern. Später entsteht eine neue Projektidee: Sascha gründet in Murmansk gerade eine AntiRa-AG und berät mit Max, wie man ein antifaschistisches Comic-Projekt anfangen kann, das auch nach dem «Dialog» weiterläuft.

Neben den Projekten der Workshops entstehen neue Kontakte, Ideen, Anregungen. Das Konzept kommt bei den Jugendlichen offensichtlich gut an und schafft Anknüpfungspunkte für ihre Interessen. Besonders für Musik begeistern sich viele, gerade wenn sie nicht nur im üblichen Rahmen stattfindet. In einer Nacht bauen ein paar DJs spontan ein Soundsystem in einer Halle am Hafen auf und initiieren dort eine Technofete. Die Party zieht sich bis in die Morgenstunden – ein Erfolg, hatten die Organisatoren doch damit gerechnet, dass die Veranstaltung schnell von der Polizei aufgelöst würde. Am Abschlussabend spielt die Bremer PunkRap-Band «Radical Hype» und animiert die Konzertgäste zum Luftsprung gegen Nazis. Unter www.rosalux.de/shorturl/polit-beats-am-polarkreis gibt es mehr zu dem Jugendbildungsprojekt.

ANN-KATRIN LEBUHN ARBEITET ZU JUGENDBILDUNGSTHEMEN IN DER AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

BERND HÜTTNER/CHRISTOPH NITZ

BLOGGERIN TRIFFT REDAKTEUR

LINKE MEDIENAKADEMIE IN BERLIN ZIEHT MEHR ALS 950 BESUCHERINNEN AN

Vier Tage volles Programm mit Workshops, Diskussionen und Präsentationen bot die Linke Medienakademie (LiMA) im März in Berlin. Bloggerinnen, Blattmacher, Forscher, GewerkschafterInnen und AktivistInnen kamen auf den Campus der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) in Berlin-Oberschöneweide.

Mit mehr als 950 Medienschaffenden verzeichnete der Medienkongress bei seiner siebten Auflage einen neuen Teilnahmerecord. Damit setzte die LiMA ihr rasantes Wachstum fort. Bei der Premiere im Jahr 2002 hatte die Akademie gerade einmal 14 TeilnehmerInnen gezählt: Zwei Lehrende und zwölf Lernende.

Bei den rund 200 Veranstaltungen in diesem Jahr bot sich viel Gelegenheit für Diskussionen mit linken PolitikerInnen und MedienmacherInnen. Bundestagsfraktionschef Gregor Gysi von der LINKEN sprach über die Kunst der Rede, SWR-Chefreporter Thomas Leif über Parteien in der Nachwuchsfalle. Ein weiterer Höhepunkt war der Auftritt des 88-jährigen Kurt Weidemann, einer Typografie-Koryphäe des 20. Jahrhunderts. Kurse zu Online-Journalismus, modernem Zeitungslayout und Öffentlichkeitsarbeit waren ebenso gut besucht wie die neuen «Subkonferenzen» für Kampagnen im Web 2.0 und das «Union Camp» für MacherInnen von Betriebs- und Gewerkschaftszeitungen. Erneut zog der Kongress viele junge Leute von Universitäten und Schulen an. Der herkömmliche Bildungsmarkt biete zwar

eine Reihe hochprofessioneller, aber auch teurer Angebote, sagte die Leiterin Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Ramona Hering. Kapitalismuskritische Ansätze würden bei den Angeboten nicht verfolgt. Diese Lücke wolle die LiMA schließen.

Die Bilanz von TeilnehmerInnen und Veranstaltern fiel überwiegend positiv aus. Raumangebot und technische Ausstattung waren deutlich besser als in den Vorjahren. Künftig soll es aber mehr Orte für zwanglose Treffen sowie große zentrale Veranstaltungen geben. Das Programm soll zudem früher veröffentlicht und übersichtlicher gestaltet werden. Anklang fand die LiMa auch in den Medien. «Wie war noch mal das Motto? «Zeichen setzen». Klappt doch wunderbar», resümierte etwa die Zeitschrift «M – Menschen machen Medien».

Die nächste LiMA ist bereits in Planung. Sie wird vom 9. bis 13. März 2011 unter dem Motto «Grenzenlos» wieder an der HTW stattfinden. Ideen dazu können an papers2011@lima-akademie.de gesendet werden. Unter www.linke-medienakademie.de gibt es weitere Informationen über den Medienkongress. Eine Dokumentation unter dem Titel «Weltweit Medien nutzen – Medienwelt gestalten», unter anderem mit den Beiträgen von Gysi, Leif und Weidemann, erscheint dieser Tage im VSA-Verlag.

BERND HÜTTNER LEITET DAS REGIONALBÜRO BREMEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG. CHRISTOPH NITZ IST GESCHÄFTSFÜHRER DES LIMA E.V.

MARION SCHÜTRUMPF

VIEL LOS AM STAND

ERFREULICHE RESONANZ BEI LESUNGEN AUF DER LEIPZIGER BUCHMESSE

In diesem Jahr war während der Leipziger Buchmesse vieles anders als zuvor: Dank eines neuen, geräumigen und deutlich professioneller gestalteten Standes konnten sich Rosa-Luxemburg-Stiftung und Karl Dietz Verlag in einem modernen Erscheinungsbild präsentieren. Für die Besucher war zudem ein besserer Zugang zu den Büchern möglich.

Die Veranstaltungen während der vier Messtage in den Messehallen und den Räumen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen erwiesen sich als richtig gewählt: Sie waren sehr gut besucht von einem sehr wachen Publikum. Bei der Vorstellung des Buches «Stadt – Land – Rechts. Brauner Alltag in der deutschen Provinz» – herausgegeben vom Rechtsextremismus-Referenten der Stiftung, Friedrich Burschel – reichten die Sitzplätze von Anfang an nicht. Die Veranstaltung mit Autorin Martina Renner, Vize-Fraktionsvorsitzende der LINKEN in Thüringen, war von mehr als 100 BesucherInnen belagert. Ähnlich sah es am Samstag im «Sachbuchforum» bei der Vorstellung der Bücher «Über die unentwickelte Kunst, ungeteilt zu erben» von Kerstin und Gunnar Decker und «Freiheiten ohne Freiheit. Die Geschichte der DDR» aus. Nicht ganz so überraschend war der Andrang dagegen bei Wolfgang Schröders «Leipzig – die Wiege der deutschen Arbeiterbewegung» – ging es dabei doch um die Stadt, über die im Buch berichtet wird. Eine große Fangemeinde des

Fotografen Robert Michel pilgerte auch zum Sektempfang für «Bärenrendienst – Berlin zum Fürchten» und zur Vorstellung des Buches am Stand des «Neuen Deutschland» durch Hans-Dieter Schütt. Selbst am besuchsschwachen ersten Ausstellungstag, an dem sich vorwiegend Fachpublikum auf der Suche nach Geschäftsabschlüssen in den Messehallen aufhält, fand die Albert Schweitzer-Biographie von Ernst Luther mehr als 20 Interessenten.

Erfreulich war auch die Arbeit am Stand. Nicht nur mit alten Bekannten von vorigen Messen, sondern auch mit vielen StudentInnen und GymnasiastInnen wurden viele Gespräche geführt. Auffällig war dieses Mal die große Anzahl an BesucherInnen, die den Stand gezielt aufsuchten und sachkundige Fragen stellten, mitunter mit Internet-Ausdrucken zu bestimmten Titeln in der Hand. Sehr angenehme Erfahrungen machte das Team auch mit Interessierten, die seit 20 Jahren nicht auf der Messe waren – oft politisch interessierte, aber nicht engagierte Akademiker, die erst vor Kurzem in den Ruhestand getreten sind und jetzt «nachholen» wollen. Während an anderen Ständen die MitarbeiterInnen Schwierigkeiten hatten, sich die Langeweile zu vertreiben, waren Stiftung und Dietz Verlag von Freitag bis Sonntag regelrecht von Interessierten umlagert.

MARION SCHÜTRUMPF IST REFERENTIN FÜR PUBLIKATIONEN IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

AUSSTELLUNG IN WEIMAR

Die Ausstellung «Schloss – Palast der Republik – Humboldt-Forum» der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist in einer aktualisierten Fassung an der Bauhaus-Universität in Weimar gezeigt worden. Zur Eröffnung im Bibliotheksneubau am 3. Februar sprachen Rektor Gerhard Zimmermann und Stiftungs-Geschäftsführer Florian Weis. Auch der Autor der Ausstellung, Bruno Flierl, und der Dekan der Fakultät Architektur, Bernd Rudolf, wandten sich an die mehr als 80 Gäste. Der Standort der Ausstellung unmittelbar vor dem Audimax, dem größten Hörsaal der Bildungseinrichtung, bot Studierenden, Lehrenden und ihren Gästen eine gute Möglichkeit, sich mit dem Gegenstand «Mitte Spreeinsel in Berlin – ein Ort historischer Brüche» zu befassen. Am 3. März fand ein Abschlusskolloquium zum Thema der Ausstellung statt. Menschen aus vier Generationen – Lehrende, Studierende, Denkmalspflegerinnen und Denkmalspfleger – diskutierten mit Bruno Flierl über den Umgang mit politisch belastetem Bauerbe. Im Mai wird die Ausstellung in Darmstadt gezeigt, danach in Frankfurt am Main. Die Ausstellung war mit großem Erfolg erstmals im Sommer 2009 in der Berliner Bauakademie zu sehen. Die Begleitbroschüre kann im Buchhandel erworben werden.

TAGUNG FÜR HUFFSCHMID

«Kapitalismuskritik heute» hieß ein Kongress im Februar zum Forschungsprogramm von Jörg Huffs Schmid, der Ende 2009 verstorben war. Die Memorandum-Gruppen, der Bereich Wirtschaftspolitik von Verdi, die Rosa-Luxemburg-Stiftung, Attac sowie linke Zeitschriften hatten die Tagung mit rund 300 TeilnehmerInnen organisiert. Vielen Gästen war eine Fülle biografischer Erfahrungen gemeinsam. Sie waren zudem Freunde, Schüler, Leser, respektvolle Kritiker, politische Companeros und Weggefährten von Huffs Schmid. Das brachte freundliche Verbundenheit in die Tagung. Eine theoretisch-politische Sache ist das eine, das Teilen der Trauer das andere. Zur Qualität der Konferenz gehörte die Wiederkehr des Begriffes «Reformalternative», der zum Vokabular der sozialistisch-kommunistischen Reformfraktion Ende der 1980er-Jahre gehörte. Auf den von Huffs Schmid und Jung publizierten Text von 1988 bezogen sich viele Redner von Hans-Jürgen Urban über Jörg Goldberg bis zu Dieter Klein. In der neuen Krisenzeit werden offenbar Versuche wieder aktuell, Entwicklungspfade des Kapitalismus theoretisch auszuarbeiten. Das könnte der eigentliche Beitrag zur Fortentwicklung des Huffs Schmid'schen Forschungsprogramms sein.

AN DIE AFRIKAKONFERENZ vor 125 Jahren erinnerte am 30. Januar eine Tagung unter dem Titel «Widerstand und Aufbruch» in Berlin. Im Jahr 1885 war die Aufteilung des Kontinents unter den europäischen Kolonialmächten besiegelt worden. Eine Videodokumentation gibt es unter www.rosalux.de/shorturl/afrikakonferenz. Als Tonmitschnitte sind zwei Begleitseminare der Kapitallesekurse mit Michael Heinrich (www.rosalux.de/shorturl/einfuehrung-ins-kapital) sowie Rolf Hecker (www.rosalux.de/shorturl/wie-das-kapital-entstand) verfügbar.



Als prominenter Gast aus dem Ausland wird Angela Davis auf dem «Fest der Linken» Mitte Juni in Berlin erwartet. Rechtes Foto: Gabriele Senft

HENNING HEINE

ÜBER FUSSBALL UND SÜDAFRIKA

STIFTUNG PRÄSENTIERT SICH IM JUNI BEIM «FEST DER LINKEN» / ANGELA DAVIS KOMMT

Politische Debatten, Lesungen, Musik und Kinderprogramm bietet das «Fest der Linken» vom 18. bis 20. Juni in der Kulturbrauerei in Berlin-Prenzlauer Berg. Als prominenter Auslandsgast wird die bekannte US-Bürgerrechtlerin Angela Davis erwartet.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung beteiligt sich mit spannenden Beiträgen. Mehrere Veranstaltungen nehmen Bezug auf die Fußball-Weltmeisterschaft der Herren in Südafrika, die Mitte Juni beginnt. Erst unterhaltsam, dann ernst geht es am Sonnabend (19. Juni) auf der Berlin-Bühne um «Fußball und die Linke». Michael Schäumer stellt Fundstücke aus seinem Archiv mit 2.600 Fußballsongs vor und unterzieht das Liedgut einer Kulturkritik. Über Fußballfans zwischen Kommerz und Kultur diskutiert Uwe Michel von der Rosa-Luxemburg-Stiftung danach mit der Journalistin Elke Wittich, dem Soziologen und Buchautor Gerd Dembowski sowie der Vertreterin einer Ultra-Fangruppe. Die WM wird auch Thema bei einer Präsentation am Sonntag (20. Juni) im Palais sein. Unter dem Titel «Im Schatten der Stadien» spricht der Leiter des Stiftungsreferats Afrika, Arndt Hopfmann, mit dem Filmemacher und Südafrikakenner Romin Khan über die soziale Lage in den Spielorten Kapstadt und Johannesburg. Anschließend läuft eine dreiviertelstündige Version des Dokumentarfilms «Im Schatten des Tafelbergs», der 2009 unter Mitarbeit von Khan in Kapstadt entstand.

Am Sonnabendnachmittag geht es auf der Berlin-Bühne zudem um linke Kämpfe für Hegemonie. «Solidarisch in die Offensive» heißt die Debatte mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Hermann Scheer – Mitinitiator des Instituts Solidarische Moderne – und der Politologin Birgit Mahnkopf von der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin. Es moderiert Christina Kaindl von der Stiftungszeitschrift «Luxemburg». Am Abend führt der Politikabarettist Gerd

Hoffmann in der Literaturwerkstatt sein aktuelles Programm «Auf kein Neues» auf. Am Sonntag im Palais zu Gast ist der Klimaaktivist Tadzio Müller, dessen Inhaftierung während des UN-Klimagipfels in Kopenhagen für internationale Schlagzeilen sorgte. Er stellt das Buch «Grüner Kapitalismus: Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums» vor, das er mit dem Wirtschaftsjournalisten Stephan Kaufmann verfasst hat. Im Gespräch mit Nachhaltigkeitsreferent Steffen Kühne wird Müller zudem über den alternativen Klimagipfel im bolivianischen Cochabamba berichten. Er gehörte zu den wenigen Europäern, die live vor Ort waren. In der Literaturwerkstatt gibt es zudem eine Buchpräsentation zum Thema Rechtsextremismus.

Friedrich Burschel von der Rosa-Luxemburg-Stiftung stellt den Sammelband «Stadt-Land-Rechts – brauner Alltag in der deutschen Provinz» vor und debattiert mit Heike Kleffner von der mobilen Opferberatung und Ulli Jentsch vom antifaschistischen Pressearchiv Apabiz.

Für Stargast Angela Davis haben die Festveranstalter zwei Auftritte vorgesehen: Einen Polit-Talk mit Gregor Gysi am frühen Samstagabend auf der ND-Bühne sowie ein Gespräch mit ihrem Biografen Klaus Steiniger am Sonntagnachmittag im Palais. Am 22. Juni kommt die Philosophin und

Schriftstellerin dann auf Einladung der Stiftung nach Magdeburg, wo der Besuch eines Gymnasiums und eine Lesung im Haus der Gewerkschaften vorgesehen sind. Ob sie auch von Oberbürgermeister Lutz Trümper (SPD) empfangen wird, steht noch nicht fest. Angela Davis, Anfang der 1970er-Jahre als «Terrorunterstützerin» in den USA inhaftiert, ist Ehrenbürgerin der Stadt. Unter www.rosalux.de/shorturl/fdl-2010 gibt es nähere Informationen zum «Fest der Linken».

HENNING HEINE IST FÜR MEDIENARBEIT UND KOMMUNIKATION DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG ZUSTÄNDIG

Fest
der
Linken

WENKE CHRISTOPH

SCHAUPLATZ DER KÄMPFE

BEI EINER KONFERENZ IN BERLIN GEHT ES UM STRATEGIEN LINKER STADTPOLITIK

Städte sind Orte des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft, Gegenstand und Schauplätze von politischen Auseinandersetzungen. Welche Antworten und Alternativen finden linke Politik, soziale Bewegungen und kritische Wissenschaft auf unternehmerische Stadtpolitik?

Die Konferenz «MetropolenPolitik: Praxis – Kritik – Perspektiven» will zu dieser Frage einen Diskussionsraum öffnen. Sie findet am 9. und 10. Juli im «ExRotaprint» in Berlin-Wedding statt. Zu den ReferentInnen zählen Tom Angotti, Margit Czenki, Andrej Holm, Michael Edwards, Dov Khenin, Henrik Lebuhn, Klaus Lederer, Rob Robinson, Stavros Stavrides und Hilary Wainwright. Veranstaltet wird die Konferenz von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem Arbeitskreis Linke Metropolenpolitik der Hellen Panke.

Standortkonkurrenz und unternehmerische Stadtpolitiken haben das Gesicht der Städte verändert. Millionen Menschen geht es drastisch schlechter. Viele Veränderungen gehen auf kommunalpolitische Entscheidungen zurück, auch die Rahmenbedingungen haben sich stark geändert. Wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen stehen schrumpfende Handlungsspielräume der Politik gegenüber. Städte waren und sind zudem Gegenstand und Schauplätze von politischen Auseinandersetzungen und Mobilisierungen. Proteste gegen Großprojekte, Kampagnen gegen Gentrifizierung und Forderungen nach einer sozialen Wohnungspolitik gehören

zum Alltag. Soziale Bewegungen und linke Politik mischen sich ein, sind jedoch gegenüber Konzepten unternehmerischer Politik oftmals zur Verteidigung des Status quo gezwungen.

Die Konferenz will daher einen Austausch über Strategien und Projekte für eine soziale und gerechte Stadtpolitik ermöglichen. Die Erfahrungen von AkteurInnen in Bewegungen, kritischer Wissenschaft und linker Politik sollen zusammengetragen werden, um Konturen und Konzepte für eine linke Metropolenpolitik zu entwickeln. Dabei sollen die politischen und organisatorischen Impulse von Lefebvres Ansatz des «Rechts auf Stadt» beleuchtet werden. Zudem geht es zusammen mit AkteurInnen aus London, Istanbul und Wien um eine Bilanz linker Stadtpolitik in Europa.

Auch VertreterInnen von Bewegungen aus New York, Hamburg und Tel Aviv sind eingeladen, über erfolgreiche Organisation, Kampagnen und Politikansätze zu diskutieren. Ein umfangreiches Workshopangebot zur linker Politik in schrumpfenden Städten, zu sozialen Bewegungen und linker Kommunalpolitik, zu alternativer Stadtplanung, sozialer Wohnungspolitik und zur Rekommunalisierung soll die Auseinandersetzung mit Ansätzen und Erfolgen linker Stadtpolitik vertiefen. Weitere Informationen auf www.metropolenpolitik.wordpress.com.

WENKE CHRISTOPH IST VORSTANDSMITGLIED DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG UND KOORDINIERT DEN AK LINKER METROPOLENPOLITIK DER HELLEN PANKE

EVELIN WITTICH

GRÜNE ALTERNATIVEN FÜR NORD UND SÜD

REIHE «GREEN TOUR» WIRD IN MECKLENBURG-VORPOMMERN UND BAYERN FORTGESETZT

Die «Green Tour» der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu sozialökologischen Themen geht in die zweite Halbzeit. Bis Jahresende gibt es etwa in Mecklenburg-Vorpommern mehrere Gesprächsrunden zu Nachhaltigkeit und zur Regionalentwicklung durch Nutzung erneuerbarer Energien und Rekommunalisierung.

Auch Ingolstadt und Umgebung in Süddeutschland benötigen linke Alternativen für einen Umbau. Der Kurt-Eisner-Verein wird sich am 12. Juni auf der Tagung «Sozialökologische Zukunft für eine wachsende Industrieregion» damit beschäftigen. Die niedersächsische Landesstiftung veranstaltet zudem im Spätsommer mit dem BUND Goslar ein Seminar zu Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit im 21. Jahrhundert. Auf vollen Touren laufen auch die Vorbereitungen zu den Höhepunkten der Veranstaltungsreihe: zwei internationale Konferenzen unter den Titeln «Power to the People – Neue Energien für linke Alternativen» (30. September bis 2. Oktober, Berlin) und

«Das Auto und die Krise» (29. und 30. Oktober, Stuttgart). Linke Alternativen zur Energie- und Verkehrspolitik sowie zur vorherrschenden Lebensweise, kurz: zu grundlegenden Problemen einer zukunftsfähigen Gesellschaft sind die Bildungsziele. Möglichst viele AkteurInnen sollen die Konferenzen als Ort der Kommunikation und Ausgangspunkt für künftiges Zusammenwirken nutzen. Die Green Tour läuft bereits seit Januar. Die mehr als zehn Veranstaltungen waren gut besucht und durch interessante Debatten gekennzeichnet. Top-Themen waren der gescheiterte Klimagipfel in Kopenhagen und das alternative Treffen in Bolivien, Krise und Klimawandel sowie Debatten um einen Green New Deal. Alternative Energiekonzepte und eine Exkursion zum virtuellen Kraftwerk Harz waren ebenso Bestandteil der Reihe wie das Thema Braunkohle in der Lausitz.

EVELIN WITTICH IST DIREKTORIN DER AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

NEUE TECHNOLOGIEN sind wesentlicher Bestandteil kapitalistischer Reproduktion. Die Konferenz «Kapitalismus dot com» am 29. Mai in Berlin beschäftigt sich mit Ausbeutung und Herrschaft im «digitalisierten» Kapitalismus und linken Interventionschancen (www.rosalux.de/shorturl/kapitalismus-dot-com). Vom 1. bis 4. Juli findet das Europäische Sozialforum in Istanbul statt. Türkische, kurdische und deutsche AktivistInnen diskutieren im Vorfeld am 28. Mai in Berlin über politische Kämpfe in der Türkei (www.rosalux.de/shorturl/weg-nach-istanbul).



Die Zeitungen berichteten Ende Januar groß über das ISM und seine Protagonistinnen. Foto: Erwin Heil

MICHAEL BRIE

UNENTSCHLOSSENE GRÜNDER

DAS «INSTITUT SOLIDARISCHE MODERNE» MUSS DIE MACHTFRAGE THEMATISIEREN

Die Gründung des Instituts Solidarische Moderne (ISM) Anfang dieses Jahres in Berlin ist auf ein großes Medienecho gestoßen. Über 1.300 Mitglieder zählt der Verein bereits. Seine Mailingliste wurde von mehreren Tausend Personen abonniert. Aber alles erfolgte auf einen noch völlig ungedeckten Scheck. Weder ist klar, was dieses Institut wirklich will, noch was es kann.

Programmatisch ist es einer solidarischen Erneuerung der Gesellschaft auf der Basis der Errungenschaften des gezähmten Kapitalismus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und des emanzipatorischen Aufbruchs von 1968 in West und Ost verpflichtet. Im Gründungsauftrag des Instituts heißt es: «Die Zeit ist reif für einen neuen Politikentwurf. Die existenziellen gesellschaftlichen Gefahren verlangen politisch realisierbare Antworten. Ein substanzieller politischer Gegenentwurf zur Ideologie des Neoliberalismus ist überfällig. Diese Alternative entsteht nicht von selbst. Sie muss erdacht, entwickelt und erprobt werden. Die gemeinsame Suche nach Alternativen ist ein entscheidender Beitrag dazu, dass aus der danach fragenden gesellschaftlichen Mehrheit wieder eine politische Mehrheit in demokratischen Wahlen wird. Dafür gründen wir den Verein «Institut Solidarische Moderne.»

Gegründet wurde das Institut durch Politikerinnen und Politiker, die Minderheiten in ihren Parteien angehören – Andrea Ypsilanti, Hermann Scheer (beide SPD), Sven Giegold (Grüne), Katja Kipping (DIE LINKE). Zu den SprecherInnen gehören zudem Anke Martiny und Thomas Seibert, weitere Mitglieder im Vorstand sind unter anderen Klaus Dörre, Franziska Drohsel und Wolfgang Neskovic. Es wurden Persönlichkeiten aus sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und dem linken akademischen Feld hinzugewonnen – auch aus der Rosa-Luxemburg-Stiftung und ihrem Umfeld.

Unterstützt wird das ISM aus zwei Gründen: Die einen suchen nach einer Plattform, um vorhandene Ideen für einen solidarischen Richtungswechsel der Politik zu diskutieren und gemeinsam neue Gedanken zu entwickeln. Die anderen sehen in der Gründung einen Keim für ein linkes Bündnis in Deutschland, das diesen Richtungswechsel aktiv befördern und auch in einer rot-rot-grünen Regierung münden könnte. Viele sehen in diesem Institut beides. Aus der Verbindung beider Motivationen gewann die Institutsgründung ihre Dynamik.

Noch ist das Institut Solidarische Moderne ein Top-Down-Unternehmen, und dies war die Bedingung für seinen erfolgreichen Start. Aber erst die für Ende Juni 2010 geplante Mitgliederver-

sammlung und das im September stattfindende Arbeitstreffen mit dem Schwerpunkt Bildung wird darüber entscheiden, ob das Wagnis den Aufwand gelohnt hat. Wird es mehr sein als eine weitere Bühne der üblichen Verdächtigen mit den längst bekannten Ideen? Werden sich dabei neue Kräfte profilieren und zusammenfinden jenseits von Attac oder Sozialforumsbewegung und den parlamentarischen Versuchen, zwischen SPD, Grünen und Linkspartei einen politisch relevanten Gesprächsfaden aufzubauen? Wird eine echte Herausforderung entstehen für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft der Bertelsmann-Stiftung? Werden öffentlichkeitswirksam Projekte des Einstiegs in einen grundlegenden sozialen und ökologischen Richtungswechsel formuliert werden und die gesellschaftlichen Diskurse bestimmen? Wird die Machtfrage thematisiert und Gegen-Macht geschaffen?

Die Voraussetzungen für einen politischen Richtungswechsel entstehen nicht an einer Stelle und auch nicht isoliert. Wenn das Institut Solidarische Moderne dazu beiträgt, jenseits der alten Kampflinien und ideologischen Muster, generationenübergreifend die enormen Möglichkeiten einer anderen Politik zu entdecken und Menschen dafür zu begeistern, dann wird es viel geschafft haben. Die Zeit drängt. Wir können nicht mehr lange auf eine andere, auf eine solidarische Moderne warten. Dazu aber muss das Institut auch ein dezidiert politisches Projekt werden.

Noch scheinen die Initiatoren des Projekts unentschlossen zu sein, ob sie dem eigenen Mut ihres Unterfangens wirklich trauen können. Der Widerstand gerade aus SPD, Grünen und teilweise auch aus der Linkspartei ist groß. Hier entzieht sich etwas der Kontrolle und schafft Optionen, von denen die jeweiligen Führungen gar nicht wissen, ob sie sie haben wollen. Die Gefahr ist deshalb groß, nur einen weiteren Debattierklub zu schaffen und vorhandenen Organisationen wie Attac eher Konkurrenz zu machen.

Thomas Seibert von der Interventionistischen Linken und einer der Sprecher des Vorstandes, brachte die Spannung, der sich das ISM stellen muss, auf den Punkt: «Das Institut hat zwei Ziele: Es will Debatten um gesellschaftliche Alternativen zum Neoliberalismus voranbringen, die über bloße Regierungskoalitionen hinausgehen, und es nimmt an der Herausbildung einer rot-rot-grünen Wahloption teil. Das darf weder in eins gesetzt noch getrennt noch verschwiegen werden. Genau besehen geht es also um drei Züge: ein umfassendes gesellschaftliches Projekt, zu dem Parteilinke, «Zivilgesellschaft», Ge-

«Zieldiskussion und öffentliche Stellungnahmen werden getrennt von der Frage politischer Macht.»

werkschaften, linke Intellektuelle, BewegungsaktivistInnen und Bewegungslinke öffentlich, aber auch unter sich zusammenkommen, um ein Mitte-Links-Regierungsprojekt, das es erst seit Formierung der LINKEN geben kann, und um die Frage, was, wie und wie weit das eine mit dem anderen zu tun haben wird.» Die bisherigen Beschlüsse des Vorstandes aber deuten darauf hin, dass die Diskussion bestimmter gemeinsamer Ziele auf ausgewählten Feldern und die öffentliche Stellungnahme zu aktuellen Fragen getrennt wird von der Frage politischer Macht. Aber nur dann, wenn der spezifische Parteienbezug zentral bleibt, wird das Institut gebraucht. Nur

dann, wenn Zivilgesellschaft und Parteienpolitik ein neues Verhältnis eingehen, würde sich etwas ändern. Die Gründung des ISM artikuliert einen Bedarf: Wie können soziale und politische Bündnisse geschmiedet werden, die die außerparlamentarischen und die parlamentarischen Bedingungen für einen Richtungswechsel schaffen, dessen Teil auch eine rot-grün-rote Regierung wäre. Aber wird dieser Bedarf befriedigt werden?

«Noch sind die Kräfte einer solidarischen Umgestaltung fragmentiert - gesellschaftlich wie politisch.»

Es gibt in Deutschland und Europa einen schreienden Widerspruch zwischen den Erwartungen der Bevölkerung für eine soziale, ökologische und demokratische Politik und den letztlich immer noch neoliberalen oder sogar rechtskonservativen Herrschaftskoalitionen. Es besteht eine Kluft zwischen dem extremen Zeitdruck, den Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die großen Zivilisationskrisen (Klima, Umwelt, Hunger) ausüben und der Blockade, die von den Machteliten ausgeht. Es wird durch Angst regiert, wo Hoffnung sein könnte angesichts der großen Möglichkeiten, die aus einer sozialökologischen Transformation erwachsen würden.

Noch sind die Kräfte einer solidarischen Umgestaltung fragmentiert – gesellschaftlich wie politisch. Noch sind sie in Abwehrkämpfen um bedrohte Arbeitsplätze, Renten, Gesundheitsversicherung befangen. Noch geht es zu oft um Bündnisse des kleinsten gemeinsamen Nenners auf der Ebene von Landesregierungen. «Das ist der Pfennig», dichtete Kurt Tucholsky, «aber wo bleibt die Mark?!» Ohne einen gemeinsamen Aufbruch aus Gesellschaft und Politik verbleiben solche Kämpfe und Regierungsansätze fast zwangsläufig in den vorhandenen Strukturen. Sie verteidigen, wo endlich ein Angriff gebraucht wird. Sie schützen vor noch weniger sozialer Gerechtigkeit, wo durch einen gesellschaftlichen Umbau viel mehr und neue Gerechtigkeit geschaffen werden muss. Diese Situation ist nicht der Tatsache geschuldet, dass die Ziele der Veränderung unklar seien, sondern dem Umstand, dass die gesellschaftliche und politische Macht fehlt, sie umzusetzen.

Das ISM hat große Erwartungen geweckt. Es kann auch zu einer Enttäuschung werden, wenn seine treibenden Kräfte nicht den Mut haben, sich dem Widerspruch zwischen Arbeit an gesellschaftlichen Mehrheiten für sozialökologische Reformalternativen einerseits und Beitrag zur Bildung politischer, rot-grün-roter Mehrheiten andererseits zu stellen. Die Linke darf diese Aufgabe nicht ausschließlich den Parteiliten überlassen, sondern muss Druck aufbauen, Räume schaffen, gemeinsames Lernen ermöglichen und letztlich mit dazu beitragen, dass ein Richtungswechsel nicht mehr nur nötig ist, sondern tatsächlich möglich wird. Hic Rhodus, hic salta! (Hier ist Rhodus, hier springe!)

Online unter www.solidarische-moderne.de gibt es weitere Informationen zum Institut, darunter den kompletten Gründungsauftrag sowie eine Liste der Mitglieder.

MICHAEL BRIE IST DIREKTOR DES INSTITUTS FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG UND GRÜNDUNGS- SOWIE KURATORIUMS-MITGLIED DES INSTITUTS SOLIDARISCHE MODERNE

FABIO DE MASI

ALLE SIND FÜR MEHR BILDUNG

VERTRETER VON SPD UND LINKE DISKUTIEREN OPTIONEN EINES RICHTUNGSWECHSELS

Im Mittelpunkt einer Diskussion der Rosa-Luxemburg-Stiftung Mitte März in Berlin standen Schlüsselprojekte für einen Richtungswechsel durch linke Regierungsbündnisse sowie ihre Durchsetzung gegen Medienmacht und Zeitgeist.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Ottmar Schreiner sagte, die Schwäche der Sozialdemokratie sei auf ihre Abwendung von den Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Bevölkerungsmehrheit zurückzuführen. Hartz IV sei sozial ungerecht und habe die Löhne der Beschäftigten gedrückt. Da die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den größten Beitrag zur Finanzierung der staatlichen Aufgaben leisten, gefährde der Verfall der Lohnquote auch den sozialstaatlichen Konsens. Darüber hinaus sei sie eine wichtige Ursache der Wirtschafts- und Finanzkrise. Zudem habe die Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme immer mehr Kapital auf die Finanzmärkte gespült.

Schreiner betonte mit Blick auf das Scheitern von Rot-Grün: Wenn Parteien der politischen Linken keine Unterstützung durch Gewerkschaften und soziale Bewegungen mobilisieren, würden «Bild & Co.» ein linkes Regierungsbündnis innerhalb von Monaten aus dem Kanzleramt schreiben. Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen seiner Partei bezeichnete Bildung und Qualifizierung als linkes Schlüsselprojekt. Die Wirtschaftspolitik habe nicht nur chronische Massenarbeitslosigkeit gefördert, sondern zu einer dramatischen Entwertung der Qualifikationen geführt. Deutschland habe seine wichtigste Ressource geopfert – den hohen Ausbildungsstand seiner Beschäftigten. Stabile rot-rote Landesregierungen seien wichtig, um einen Politikwechsel im Bund einzuleiten.

Der Chefvolkswirt der LINKEN-Bundestagsfraktion, Michael Schlecht, sprach über den Umbau der Industriegesellschaft. Die hohen deutschen Exportüberschüsse hätten die Wirtschafts- und Finanzkrise wesentlich mitverursacht. Die deutschen Billiglöhne hätten der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands geschadet – und die USA und die EU-Partner in die Schuldenfalle getrieben. Daher müsse sich die deutsche Wirtschaft nach der Finanzkrise auf einen Strukturwandel einstellen. Klassische deutsche Exportchampions wie die Automobilindustrie müssten sich an eine verringerte Auslandsnachfrage anpassen. Der Schlüssel zur Erneuerung der Bundesrepublik in den Bereichen Bildung, Energie und Verkehr sei ein permanentes Zukunftsinvestitionsprogramm. Schlecht zeigte sich jedoch angesichts der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung sowie der so genannten Schuldenbremse sehr skeptisch, ob sich eine sozial-ökologische Wachstumsstrategie in Deutschland mittelfristig realisieren lasse.

Die Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag Brandenburg, Kerstin Kaiser, beschrieb den Weg in die dortige Koalition. Er begann bereits in der Opposition mit der Erarbeitung eines Leitbildes für das Land, an der die Mitglieder der Partei, gesellschaftliche Organisationen und kommunale wie regionale Institutionen mitwirkten. Die Projekte wurden zu Bausteinen des Wahlprogramms und sind im Koalitionsvertrag verankert. Dazu gehören der öffentliche Beschäftigungssektor (ÖBS) ebenso wie die Bildung. Sie stehe im Mittelpunkt der Arbeit der rot-roten Koalition und solle individuelle

Förderung mit verbesserten Rahmenbedingungen verknüpfen. Dazu gehöre auch die Einstellung von 1.250 Lehrern, der Ausbau von Ganztagschulen und der frühkindlichen Bildung, die Verbesserung des Betreuungsschlüssels der Kitas und die Förderung von Musikschulen. Wie schwierig die Durchsetzung von linken Positionen auch unter rot-roten Bedingungen sei, zeige die Auseinandersetzung um den Braunkohleabbau. DIE LINKE habe sich nicht durchsetzen können. Durchsetzbar war dagegen die Festschreibung des ÖBS für 8.000 Menschen. Sicher könne man die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen unterschiedlich werten, sagte Kaiser. Aber grundsätzlich erwarte sie bei der Bewertung des Erreichten, die realen Entwicklungen in Brandenburg zur Kenntnis zu nehmen. Zum öffentlichen Dienst erklärte sie, dass betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen blieben.

Die Diskussion veranschaulichte Schlüsselprojekte der Erneuerung. Jedoch bezogen sich die Diskutanten wenig aufeinander. So betonte etwa Kerstin Kaiser die schwierigen Rahmenbedingungen in Brandenburg, während Michael Schlecht den Stellenabbau im öffentlichen Dienst als schwere Hypothek für einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel und die Glaubwürdigkeit der LINKEN charakterisierte. Offen blieb jedoch, welche Alternativen es zum Brandenburger Regierungsprojekt gibt, wie rot-rote Landesregierungen ihre Potenziale ausschöpfen können, um einen Richtungswechsel einzuleiten und welche Schritte konkret in Brandenburg etwa durch eine Verbesserung des Steuervollzugs oder einer höheren Kreditfinanzierung in der Krise möglich sind. Das Podium war ein Auftakt für einen Dialog auf Augenhöhe, für einen kritisch-konstruktiven Umgang zur Frage linker Regierungsbeteiligung als einer strategischen Option für einen Richtungswechsel.

FABIO DI MASI IST MITARBEITER DES CHEFVOLKSWIRTS DER LINKSFRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG, MICHAEL SCHLECHT

Ottmar Schreiner (SPD): «Qualifikation ist der Schlüssel». Foto: Erwin Heil



LINKS BESTIMMT DEN KURS

DIE DEBATTE UM DAS PARTEIPROGRAMM



Ein Tauziehen um einige Programmpunkte ist nicht ausgeschlossen – Plastik in Neckarsulm. Foto: Martin Allgeier

«ÖFFENTLICHE GÜTER ZENTRAL»

STIFTUNGS-VIZEVORSITZENDE GESINE LÖTZSCH ZUR EIGENTUMSFRAGE, ZUM THEMA ÖKOLOGIE, ÜBER BÜNDNISCHANCEN UND DIE DISKUSSIONSKULTUR DER LINKEN

Gesine Löttsch gehört seit dem Jahr 2007 dem Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung an. Sie ist Vizefraktionschefin der LINKEN im Bundestag und kandidiert für den Vorsitz der Partei. Dieter Klein und Henning Heine sprachen mit ihr über den Entwurf für das Grundsatzprogramm der LINKEN.

Wie beurteilst du die Programmdebatte nach den ersten Wochen?

Löttsch: Ich möchte mich bei allen Mitgliedern der Programmkommission bedanken, dass sie diese lange Arbeit ausgehalten und dem Entwurf letztendlich einheitlich zugestimmt haben – trotz unterschiedlicher Bauchschmerzen, die sie dabei wahrscheinlich hatten. Das ist eine große Leistung. Die Diskussion ist in vollem Gange – nicht zuletzt dadurch befördert, dass Freunde, Mitglieder sowie

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung große Artikel zu einzelnen Themen geschrieben haben und schreiben. Es fiel ja auf, dass einige Leute sofort nach Veröffentlichung schon eine ziemlich abschließende Meinung hatten. Das hat sich geändert.

Wie ist die Resonanz an der Basis?

Löttsch: Sie sagt: Gut, dass der Entwurf vorliegt. Sie begrüßt, dass die Eigentumsfrage eine so große Rolle spielt. Auch über die Unternehmensbeteiligung wird intensiv diskutiert.

Was interessiert die Diskutierenden dabei insbesondere?

Löttsch: Vor allem, wie es konkret funktionieren soll, wie wir unsere Vorstellungen realisieren wollen. Bei der Unternehmensbeteiligung geht es den Leuten darum, welches Risiko sie in kritischen

Situationen zu tragen hätten. Aber sie fragen auch: Wie lässt sich vergesellschaftetes Eigentum auf gesetzlichem Wege erreichen? Da lohnt der Blick ins Grundgesetz. Es schreibt ja nicht fest, dass wir im Kapitalismus leben und uns einer neoliberalen Politik unterwerfen müssen. Eigentum verpflichtet – und gerade das wird derzeit gern von der Bundesregierung übersehen. Die konkrete Umsetzung der Eigentumsfrage ist: Wem gehört was, wer kann welche Güter nutzen und welche Güter sind öffentlich? Das ist zentral und auch eine ganz praktische Frage, wie wir gerade bei der Privatisierung von Seen in Ostdeutschland erleben.

Welche kritischen Rückmeldungen hörst du?

Lötzsch: Es gibt das Bedürfnis, etwa Fragen des sozialökologischen Umbaus und der Nachhaltigkeit genauer zu beschreiben und ihnen mehr Gewicht zu geben.

Plädierst du auch dafür, diese Punkte auszubauen?

Lötzsch: Ich kann mir vorstellen, dass es dazu noch viele Vorschläge geben wird. Wir sollten über die Partei hinaus mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern diese Fragen und den Entwurf weiterdiskutieren. Die Herausforderung ist zudem: Schreiben wir dazu etwas, nur weil es modern klingt oder können wir auch wirklich etwas Konkretes erreichen? Es ist immer gut, wenn man auf erfolgreiche Projekte verweisen kann. In Berlin gibt es die Idee von Wirtschaftssenator Harald Wolf, einen kommunalen Energieversorger auf der Grundlage erneuerbarer Energien aufzubauen. Es muss uns gelingen, die Programmdiskussion mit den alltäglichen Problemen der Menschen zu verbinden. Es gibt doch nichts praktischeres als ein gutes Programm.

Wie soll der Entwurf so weiterentwickelt werden, dass das Innovative eines linken Gesellschaftsprojekts deutlich hervortritt? Was kann DIE LINKE an Neuem und Modernem bieten?

Lötzsch: Bei der Programmvorstellung wurde ja gesagt: Wir sind die Partei, die eine demokratische, soziale und ökologische Erneuerungsbewegung sein will. Insbesondere die Frage der Demokratie muss ganz neu und anders diskutiert werden. Wir sind eine Gesellschaft mit vielen demokratiefreien Räumen. Sie zu demokratischen Räumen zu machen, sollte unsere Partei auszeichnen. Selbstverständlich kann jeder zur Wahl gehen und wir haben freie, gleiche, geheime Wahlen. Aber Großspender können sich eine ihnen genehme Politik bestellen. Unternehmerverbände arbeiten hart daran, die Wirtschaft bestimmter demokratischer Regeln zu entledigen. Die Demokratiedefizite sind an den Arbeitsplätzen immer mehr spürbar. Hinzu kommt, dass Menschen, die in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, nicht einmal ihre wenigen demokratischen Rechte nutzen können oder wollen. Richtig frei ist man nur, wenn man eine materielle Basis für sein Leben hat und darüber auch mitentscheiden kann. Da kommt dann wieder die Idee des kollektiven Eigentums an Unternehmen hinzu.

Sozialismus wird in der Programmkommission einerseits vorrangig als Eigentumsordnung aufgefasst. Andere heben hervor, dass dessen innerster Kern die Persönlichkeitsentfaltung sein sollte, dass individuelle Freiheit und sozialökologischer Umbau im Zentrum stehen. Was werden künftig die Leitideen linker Programmatik sein?

Lötzsch: Demokratischer Sozialismus ist für mich in einem Satz: Wir streben die Gesellschaft der Freien und Gleichen an, die in Solidarität und Würde miteinander leben können. Ohne Eigentum, ohne Verfügung darüber, ohne Beteiligung daran kann man nicht frei sein. Die Balance zwischen Demokratie, Freiheit und sozialen Rechten ist das Wesentliche. Man muss aufpassen, dass man die sozialen Rechte

nicht abkoppelt von der Teilhabe an der Gesellschaft insgesamt. Das ist ja immer eine Diskussion in der Partei: Geht es nur ums Soziale? Oder wie kann man Soziales und Teilhaberechte, also Demokratie, miteinander verbinden? In den grundlegenden Passagen des Programmentwurfs ist diese Verbindung gut gelungen.

Im Entwurf gibt es einen starken Fokus auf Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Eine linke Partei muss aber auch libertäres, feministisches, ökologisches Denken im Auge haben – die Interessen jener Schichten, denen es gar nicht so schlecht geht. Ist das schon befriedigend in dem Entwurf vorgestellt?

Lötzsch: Der Ansatz, dass man sich nur um die kümmert, denen es «besonders schlecht geht», trägt sowieso nicht. Es gibt eine interessante Studie amerikanischer Wissenschaftler. Sie haben festgestellt, dass in Ländern mit den größten sozialen Unterschieden auch die Probleme in allen Schichten am größten sind – sowohl bei den Ärmsten als auch in den oberen Schichten. Denn auch der Stress, den sozialen Status zu halten, ist dort viel größer als in Gesellschaften, in denen die sozialen Gräben nicht so weit auseinanderklaffen. Verbesserung für die «unten» führt somit auch zum besseren Leben für die, die sozial darüber stehen. Sozialer Ausgleich ist auch für die Bessergestellten gut. Das empfinde ich als eine wichtige Argumentationslinie, die wir in der Partei vertiefen müssten. Auch bei den Freiheitsgütern gilt, dass wir direkt am Leben der Menschen anknüpfen müssen. Wenn von Feminismus die Rede ist: Was heißt das konkret für die Verkäuferin bei Lidl? Wenn es um den Arbeitsprozess geht: Was heißt das konkret für den Ingenieur bei EADS? Freiheit und libertäres Denken: Was heißt das für das persönliche Leben?

Wie kann DIE LINKE für Intellektuelle attraktiver werden?

Lötzsch: Auch im Wissenschafts- und Kunstbereich gibt es viele Menschen, die keine sichere Lebensperspektive haben, die in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten und sich von einem Auftrag zum nächsten hangeln. Aber ich denke auch an Ingenieure in großen Konzernen, die ein ordentliches Gehalt bekommen und sich die Frage stellen, ob ihre Kinder in dieser Gesellschaft gut aufgehoben sind, ob es wirklich gut ist, dass sie selbst immer mehr der Willkür der Finanzmärkte ausgesetzt sind. Mit dem Programmtext

Gesine Löttsch: «Am Leben der Menschen anknüpfen.» Foto: Agentur Fox



haben wir eine gute Grundlage, um mit Akademikerinnen und Akademikern ins Gespräch zu kommen. Da ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung besonders gefragt.

Sozialismus als Prozess vieler Schritte und Brüche – welches Gewicht misst du dem Gedanken der Transformation bei?

Lötzsch: Er ist mir sehr nahe. Aber wir müssen ihn so übersetzen, dass die Leute sagen: Das ist eine tolle Sache, da können wir mitmachen. Uns muss klar sein, dass viele Leute denken: Wenn die Linken von Transformation sprechen, von demokratischem Sozialismus, von Veränderung – dann haben sie irgendwelche unlauteren Experimente vor. Das ist uns ja häufig vorgehalten worden. In der Adenauer-Ära hieß die Losung «Keine Experimente», im Volkskammer-Wahlkampf 1990 «Keine sozialistischen Experimente». Das ist eine Herausforderung, dass man zeigen kann: Auf dem Weg zu Demokratie, Nachhaltigkeit, Ökologie, sozialökologischem Umbau geht die Transformation in die richtige Richtung.

An der Passage zu Regierungsbeteiligungen hat es teils heftige Kritik gegeben. Welche Position hast du dazu?

Lötzsch: Es wird häufig nur über die vermeintlich vielen Einschränkungen diskutiert. Man kann das aber auch mal anders herum sehen. Zum ersten Mal hat eine Programmkommission aufgeschrieben, dass eine Regierungsbeteiligung auf Bundesebene eine denkbare Option ist. Das halte ich für einen wichtigen Fortschritt. Ich bin auch nicht der Ansicht, dass wir uns in Berlin und Brandenburg nicht an einer Regierung beteiligen dürften. Dort haben wir uns auf keinen Fall in Gegensatz zum Programmwurf begeben.

Wie lässt sich das «linke Bündnis für den politischen Richtungswechsel» formen?

Lötzsch: Über konkrete Projekte und Zusammenarbeit. Es wäre ja gut, wenn wir endlich den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn erreichen würden. Es gab dazu in der vergangenen Legislaturperiode eine rechnerische Mehrheit im Parlament. Aber sie ist nicht in politisches Handeln umgesetzt worden. Jetzt haben wir den Kampf gegen die Kopfpauschale im Gesundheitswesen. Das ist eine Möglichkeit, verschiedene Interessengruppen und Parteien zusammenzuführen. Die SPD hat es sich jetzt immerhin auf die Fahne geschrieben, gegen die Kopfpauschale aufzutreten. Die Grünen dagegen sind wohl noch ein wenig unentschieden. Bündnisse müssen aber auch gesellschaftlich getragen werden. Man muss klassisch mit Gewerkschaften diskutieren, mit Gewerkschaftsfunktionären, mit Vertretern von anderen Bewegungen. Aber wir sollten uns auch auf Leute konzentrieren, die unabhängig von Organisationen tätig sind.

Wie geht es nun weiter?

Lötzsch: Der entscheidende Punkt ist, dass wir über viele Themen des Entwurfs vertieft diskutieren. Dafür haben wir anderthalb Jahre Zeit. Wenn noch das eine oder andere im Entwurf hinzukommt und präzisiert und verändert wird, ist das ja nicht verkehrt. Vor allem aber: Wir dürfen nicht im eigenen Saft schmoren und sollten möglichst viele Menschen auch außerhalb der Partei zur Debatte einladen. Das ist eine wichtige Aufgabe. Wenn jemand, der nicht zur Partei gehört, sagt: Die haben wenigstens mal neue Ideen, haben Diskussionskultur, da will ich dazugehören – dann wäre das ein gutes Ergebnis.

Herzlichen Dank für das Gespräch.

DIETER KLEIN IST FREIER MITARBEITER DES INSTITUTS FÜR GESELLSCHAFTS-ANALYSE, HENNING HEINE IST MITARBEITER MEDIENARBEIT UND KOMMUNIKATION DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

HANS THIE

GEMEINWIRTSCHAFT NEUEN TYP

ENERGIEAUTONOMIE SCHAFFT EINKOMMEN UND NEUE JOBS IN DEN REGIONEN

Ein kräftiges Kapitel «Demokratischer Ökosozialismus» kann geschrieben werden, wenn in Kooperation mit privaten Initiativen die kommunale Übernahme weiter Teile des Energiesystems gelingt.

Die einfachen Dinge sind die wichtigsten im politischen Geschäft. Die Schwächen der Gegner erkennen. Ihren wunden Punkt treffen. Die eigenen Stärken betonen. Neue Perspektiven glaubwürdig eröffnen. In Bündnissen deutlich erkennbar bleiben, möglichst als treibende Kraft. Auf all das kommt es an – nicht nur im alltäglichen Kampf um Deutungshoheit, sondern auch bei den «langen Linien», die das programmatische Profil einer Partei ausmachen.

Macht's wie Oskar, möchte man immer wieder laut ausrufen, wenn es um politische Orientierung geht. Denn Oskar Lafontaine ist der Meister der Treffsicherheit und der Profilbildung. Das gilt auch für eine lange Linie, die er schon vor Jahren nannte, als selbst in der LINKEN mancher noch das Lied segensreicher Privatisierung sang. Oskars damaliger Kontrapunkt, der heute Allgemeingut ist: Die Demokratie darf sich nicht immer weiter selbst aushöhlen. Deshalb Privatisierungen stoppen und umkehren.

Die Partei muss auf Rekommunalisierung setzen. Wie richtig und wichtig dieses Markenzeichen ist, zeigt die Realität in vielen Städten. Ernüchtert von den Folgen der Privatisierung – von schlechtem Service, hohen Preisen und unverschämter Profittreiberei – überführen immer mehr Kommunen ehemals öffentliche, dann privatisierte Dienstleistungen wieder zurück in die öffentliche Hand.

In diesem Sinne, im Sinne einer materiell nicht entkernten, sondern handlungsfähigen Demokratie heißt es – ohne allerdings den Begriff der Rekommunalisierung zu nennen – im Programmwurf: «Die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger, über ihr eigenes Leben selbst zu bestimmen, hängt in hohem Maße von den Kommunen ab. Dort werden wichtige Fragen des Alltags wie auch der Zukunft der Gesellschaft entschieden. DIE LINKE engagiert sich deshalb für die Stärkung kommunaler Selbstverwaltung, für starkes kommunales Eigentum und eine leistungsfähige Entwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Damit Demokratie keine leere Hülle wird, brauchen Kommunen und Staat hinreichende finanzielle Mittel und Einwirkungsmöglichkeiten auf wirtschaftliche und soziale Prozesse. Auch deshalb lehnen wir die Privatisierung öffentlicher Daseinsvor-



Der Verkauf der Stadtwerke Leipzig an Gaz de France scheiterte Anfang 2008 am Veto der BürgerInnen. Foto: dpa

sorge und sozialer Sicherungssysteme ab und fordern eine Stärkung öffentlichen Eigentums.»

Dieser Verweis auf die Demokratie, die keine leere Hülle werden soll, ist einerseits eine zeitgemäße Mahnung. Wenn elementare Dienstleistungen zu teuer, nicht hinreichend oder gar nicht mehr angeboten werden, wenn Städte die Kürzungs- oder Privatisierungsvorgaben der Kommunalaufsicht zu exekutieren haben, dann wird die kommunale Selbstverwaltung in der Tat zur Farce. Aber andererseits sollte ein Parteiprogramm, das bekanntermaßen auch positive und motivierende Leitbilder zu bezeichnen hat, einen Schritt weiter gehen. Was also kann – neben der Wiederherstellung eines materiellen Kerns von Demokratie – Rekommunalisierung bewirken?

Um zu erkennen, worum es eigentlich geht oder gehen sollte, sind die eher braven, zu engen Begriffe der öffentlichen Dienstleistungen und Daseinsvorsorge in den Kontext einer kraftvollen Vision zu stellen, einer Vision, die keine wolkige Utopie, sondern eine reale Option ist. Von Nordfriesland bis zum Berchtesgadener Land, von der Pfalz bis ins brandenburgische Prenzlau wachsen bereits heute kräftige Pflanzen einer Gemeinwirtschaft neuen Typs. Und das nicht auf einem nachrangigen Feld der Politik, sondern im Zentrum der Herausforderungen, bei den entscheidenden Fragen der Energie und der natürlichen Ressourcen.

Das erklärte Ziel einer schnell wachsenden Anzahl von Stadtwerken, Energiegenossenschaften, Bürgerkraftwerken, von lokalen Initiativen und Bündnissen lautet Energieautonomie auf regenerativer Basis für die jeweilige Region. Die fortgeschrittensten Beispiele demonstrieren, dass Ökologie, Effizienz und demokratische Gestaltungsmacht Hand in Hand gehen können. Für die herrschende Meinung klingt das naiv. Tatsächlich aber lassen sich Projekte der Energieeinsparung, der Kraft-Wärme-Kopplung und der umfassenden Nutzung regenerativer Energiequellen besser und effizienter verwirklichen, wenn die Investitionshoheit vor Ort bleibt und explizit dem Gemeinwohl dient.

Nur so entsteht in Dörfern, Landkreisen und Städten die notwendige Motivation in hinreichender Breite. Nur so wächst die Bereitschaft, in eigener Regie und im eigenen Interesse die Fundamentalprobleme Energie und Klima in Angriff zu nehmen. Wie die Praxis zeigt, ist zugunsten der jeweiligen Kommunen und Regionen ein mehrdimensionaler «Return on Initiative» möglich: neue Arbeitsplätze und zusätzliche Einkommen, günstigere Energiepreise (Kraft-Wärme-Koppelung), weniger Emissionen, schrittweise Entmachtung von Energiekonzernen durch eigene Energieerzeugung, Stärkung der kommunalen Demokratie und der lokalen Steuerbasis, stabile regionale Kreisläufe, profitable Verwertung von Rest- und Abfallstoffen statt kostenträchtige Entsorgung, kommunale Souveränität statt Abhängigkeit von externen Investoren.

Wer diese Früchte ernten will, muss begreifen: Energiefragen sind immer auch Gesellschaftsfragen. Wer Energiefragen fachpolitisch verkürzt, etwa nach dem Motto «verlässliche Versorgung zu günstigen Preisen», verfehlt das Potenzial einer neuen, dezentralen Energiestruktur. Rekommunalisierung kann deshalb nicht nur bedeuten, privatisierte Stadtwerke und/oder Verteilnetze wieder in öffentliches Eigentum zu überführen, um auf diesem Wege die Energiepreise sozialverträglich zu gestalten. Vielmehr ist von vornherein die eigene Produktion von Strom und Wärme ins Visier zu nehmen, weil erst mit integrierten Konzepten der Schatz einer «Energiewende von unten» gehoben werden kann. Ein kräftiges Kapitel «Demokratischer Ökosozialismus» kann geschrieben werden, wenn in Kooperation mit privaten Initiativen und lokalen Dienstleistern die Übernahme weiterer Teile der Energieversorgungskette gelingt. Und das hat wiederum Folgen: Wenn die Kommunen, die Bürgerschaft und lokale Unternehmen erkennen, was sie können, ist auch jenseits der Energiethemen dem Privatisierungsgerede der Boden entzogen.

HANS THIE IST REFERENT FÜR WIRTSCHAFTSPOLITIK IN DER LINKSFRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



Frau oder Mann – was tut's zur Sache? Duo Tim Stüttgen (vorn) und Thomas Mahmoud auf der Creative Industries-Konferenz 2009 in Berlin. Foto: Anne Steckner

BIRKE BULL

AUCH MÄNNER SIND ANDERS

IN DER GESCHLECHTERFRAGE DARF ES NICHT NUR UM BENACHTEILIGTE FRAUEN GEHEN

Offene Fragen haben zweifach Gewinnendes: Sie beleben die programmatische Debatte und sie charakterisieren DIE LINKE als diskursfreudig und erkenntnisinteressiert. Um diesen Gewinn nutzbar zu machen, für die Partei, ihre Programmatik und nicht zuletzt für diejenigen, die an ihr interessiert sind, muss es gelingen, einen kontroversen, wie auch sachlichen Dialog in Gang zu bringen.

Was heißt für Linke feministisch: Frauenfrage versus Geschlechterfrage? Die Frauenbewegung hat die Benachteiligung von Frauen erfolgreich in die politische Debatte gedrängt. Gesellschaftlicher Wandel ist inzwischen unübersehbar. Es drängt sich nun aber das Phänomen der Benachteiligung von Männern in die Debatte über gerechte Geschlechterverhältnisse. Jungen werden in besorgniserregender Dimension zu den Verlierern einer ausgrenzenden und normierenden Schule. An dieser Stelle würde es zu weit führen, diese Entwicklungen nach ihren Ursachen zu befragen. Eines aber wird deutlich: Zu einer substanziellen Analyse der Geschlechterverhältnisse gehört die Perspektive der Männer. Frauen sind anders. Männer auch. Die soziale Konstruktion von Frauen ist wechselseitig und hoch komplex verwoben mit der sozialen Konstruktion von Männern. Beides ist dabei wahrlich nicht das Erfolgsmodell für gutes Leben, für Männer nicht und für Frauen nicht. Traditionelle Rollenklischees gehören kritisiert. Beides aber gehört zu den Rahmenbedingungen für politisches Handeln im Hier und Jetzt und damit zu den Ausgangspunkten für alternative Angebote. Zu hoffen wäre auf eine strategische Partnerschaft zwischen Frauen und Männern – wenigstens mit Blick auf den jeweils empfundenen geschlechterspezifischen Leidensdruck in den sozialen Zwängen.

Zu diskutieren wäre, welche Interessen Frauen und Männer eigentlich haben. Und fraglich wird sein, ob es eine Kongruenz zwischen den Interessen beider Geschlechter geben kann. Gegebenenfalls bedarf es einer demokratisch zu legitimierenden Balance zwischen den unterschiedlichen Interessen. Ob eine Neudefinition des Wortes Feminismus – mit seinem eindeutigen und damit eingrenzenden Wortstamm – in der Lage sein wird, diese Klammer glaubhaft zu vermitteln, erscheint eher fraglich.

Ist die Geschlechterfrage eine Frage des Gesellschaftssystems? Ungerechte Geschlechterverhältnisse sind älter als der Kapitalismus. Die Teilung in Haus- und Erwerbsarbeit war und ist ein wichtiges Moment dieser Ungerechtigkeiten im Kapitalismus. Aber auch der Realsozialismus hatte seine patriarchale Prägung: die Teilhabe an Macht und Einfluss blieb Männersache. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie blieb – zwar unter deutlich besseren Rahmenbedingungen – stattdessen Frauensache. Die vermeintliche Aufhebung des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit hat die Sache demnach nicht so ohne weiteres zum Guten gewendet.

Sind patriarchale Geschlechterverhältnisse überhaupt an ein bestimmtes Gesellschaftssystem gebunden? Oder sind sie stattdessen als eine ganz eigene Dimension zu begreifen, die von den jeweiligen Systemen lediglich ihre jeweils spezifische Prägung erhält? Die sozial konstruierte Bindung von Frauen an die Reproduktionsarbeit – also Familien- und Beziehungsarbeit – gestaltet sich als hohe Hürden für die Teilhabe an Erwerbsarbeit, an Demokratie und anderen sozialen Ressourcen. Eine möglichst umfassende Verfügbarkeit der Arbeitskraft – ein typisches Merkmal kapitalistischer Produktionsweise, aber auch realsozialistischer Gegebenheiten nicht ganz fremd – ist nicht

zwingend an das Geschlecht gebunden. Denkbar wäre durchaus auch ein umgekehrtes Rollenbild. Privates Kapital und sein Mehrwert – beides ist auch im Entwurf des Parteiprogramms nicht völlig eliminiert – kann ebenso gedeihen, wenn diese Zuständigkeit zwischen Frauen und Männern ebenso wie die Erwerbsarbeit geteilt wird. Mit anderen Worten: dem Kapital wie auch dem Staat kann es zunächst gleich sein, wer die notwendige menschliche Arbeitskraft anbietet. Und mehr noch: Kapital wie auch Staat gewinnen zunehmend Interesse daran, auch weibliche Innovation und Arbeitskraft für sich nutz-

bar zu machen. Das offenbart Gestaltungsspielraum. Und: Es zeigt sich ein möglicher Anker für nachhaltigen Wandel. Ein veränderter Blick und eigene Erfahrungen mit unterschiedlicher Arbeit – mit Erwerbsarbeit ebenso wie mit Familienarbeit oder Beziehungsarbeit oder Arbeit für die Gemeinschaft – könnten sich entwickeln. Dies wiederum könnte neue Alternativen jenseits patriarchaler oder auch kapitalistischer Produktionsweisen hervorbringen.

BIRKE BULL IST MITGLIED DER PROGRAMMKOMMISSION DER LINKEN UND LANDTAGSABGEORDNETE IN SACHSEN-ANHALT

TOBIAS PIEPER

NOCH NICHT ANGEKOMMEN

THEMA EINWANDERUNG IST EIN BLINDER FLECK IM PROGRAMMENTWURF

Beim Thema Migration ist die Linke gefragt und mit ihr natürlich auch die Linkspartei. Letztere will sich mit ihrem Programm fit machen für die kommenden Wahlen und die gesellschaftlichen Herausforderungen der nächsten Jahre. Doch welches Gesellschaftsbild liegt dem Entwurf im Hinblick auf migrationspolitische Fragen zugrunde?

Wie reagiert die Partei auf die verlogene Politik gegen EinwanderInnen, die im Gewande einer «Integrationspolitik» die Anpassung an eine deutsche Leitkultur fordert, repressive Deutschtests durchsetzt und sich die zwangsweisen Sprachkurse von den MigrantInnen bezahlen lässt? Alle Kinder sollen ohne Armut aufwachsen und alle Menschen in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben können, heißt es in der Präambel des Programmentwurfs. Doch fühlen sich die Eltern und Kinder aus den Einwandererfamilien angesprochen? Sie sind ja diejenigen, die am meisten von Armut betroffen sind. Ihnen wird per Gesetz und durch die unsichtbare Hand des Marktes immer wieder aufs Neue die Würde genommen. Die Frage bleibt offen. Denn die zentralen Punkte lassen den Kampf gegen Entrechtung und Rassismus vermissen, ähnlich wie den Einsatz für die Gleichstellung der Geschlechter.

Als großer Wurf wurden einst die rot-grünen Pläne zur Einwanderungspolitik um die Jahrtausendwende diskutiert. Doch dann gerieten sie in die Mühlen des bundesdeutschen Politikalltags. Der heutige hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU) zettelte im Landtagswahlkampf 1999 eine rassistische Kampagne gegen die geplante doppelte Staatsbürgerschaft an, die bundesweit Aufsehen erregte. Mit doppeltem Erfolg – er wurde gewählt, das einwanderungspolitische Vorhaben geschrumpft, und am Ende gab es zwar partielle Verbesserungen für bereits lange in der Bundesrepublik lebende MigrantInnen mit Arbeit, gleichzeitig aber auch eine repressive Verschärfung für Flüchtlinge, Asylsuchende und Menschen mit einem prekären Aufenthalt.

Diese Politik setzt sich bis heute fort. Eine Bleiberechtsregelung für die häufig seit 15 Jahren kettenhaft geduldeten Flüchtlinge entpuppte sich als «Aufenthalt for the fittest». Die vereinfachte Einbürgerung von hier geborenen Kindern aus Einwandererfamilien wurde 2007 wieder zurückgenommen. Derzeit stehen auf der innenpolitischen Agenda der neoliberalen Regierung die Fortschreibung der Arbeitserlaubnis auf Probe für langjährig Geduldete und der Versuch, MigrantInnen mit einem ungesicherten Aufenthalt von den Hochschulen zu vertreiben. Gesellschaftlicher Protest lässt leider

auf sich warten. Die Linkspartei versteht sich als Partei der emanzipatorischen Kämpfe und sieht die Bezugspunkte ihrer Politik in den verschiedenen Bewegungen, die sich für eine bessere, demokratische wie sozialistische Gesellschaft einsetzen.

Als Koordinaten werden die historische Arbeiterbewegung, die Kämpfe von Frauen für Gleichberechtigung und die aktuellen außerparlamentarischen Organisationsansätze in den Fokus gerückt. Doch wo bleiben die Auseinandersetzungen der Frauenbewegung mit den nicht-weißen Aktivistinnen? Wo sind die linken Kämpfe der ArbeitsmigrantInnen in den Fabriken, für bezahlbaren Wohnraum und Würde? Das sind für Westdeutschland und ihre Linke zentrale Kämpfe gewesen, die jedoch scheiterten. Denn wenn die Arbeiter zusammen mit der Polizei die wilden Streiks der ArbeitsmigrantInnen, wie bei dem berühmten Ford-Streik im Jahr 1973 in Köln, blutig niederschlagen, lässt sich keine gemeinsame Gegenmacht aufbauen.

Deutlich wird beim Lesen des Programmentwurfs, dass die Linkspartei noch nicht in der Einwanderungsgesellschaft und den diversen linken Kämpfen und AkteurInnen angekommen ist. Zwar wird dies gegen Ende formal anerkannt, doch warum wird im gleichen Atemzug weiter davon gesprochen, die Rechte und Chancen von MigrantInnen zu stärken? Ein Einwanderungsland zu sein, heißt, dass «Deutsch-Sein» nicht gleich «Weiß-Sein» bedeutet. Wenn wir jedoch nicht-weiße Deutsche immer wieder als «MigrantInnen» markieren, haben wir das jedoch nicht begriffen. Derzeit leben 15 Millionen Menschen «mit Migrationshintergrund» in der Bundesrepublik. Das entspricht nahezu einem Fünftel der Gesamtbevölkerung. Aber nur ein Drittel sind «Ausländer mit Migrationshintergrund». Mehr als fünf Millionen sind Deutsche. Die übrigen sind hierzulande geboren, also de facto Deutsche. Ihnen wird jedoch die Einbürgerung erschwert oder untersagt.

Unter diesen Menschen gibt es viele Linke und viele, die sich von der Programmatik der Linkspartei angesprochen fühlen würden. Wenn sie denn angesprochen werden. Die Linkspartei verbaut sich durch diese Blindheit gegenüber der gesellschaftlichen Realität und ihrer Kämpfe nicht nur ein großes WählerInnenpotenzial. Auch für das politische Nahziel des demokratischen Sozialismus brauchen wir eine gemeinsame Organisation – jenseits von althergebrachten Trennungslinien wie Hautfarbe oder Aufenthaltsstatus.

TOBIAS PIEPER IST POLITIKWISSENSCHAFTLER IN BERLIN UND LEITET DEN GESPRÄCHSKREIS MIGRATION DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG



Vorbild Dresden: Bei der Neonazi-Blockade im Februar klappte die gemeinsame Mobilisierung sehr gut. Foto: flickr.com/dielinke_sachsen

CORINNA GENSCHEL

BEWEGENDER STREIT

VERHÄLTNIS ZU AUSSERPARLAMENTARISCHEN KRÄFTEN BLEIBT OFFEN

Mit dem Entstehen der LINKEN und deren politischen Erfolgen ist seit dem Jahr 2005 eine Dynamik zwischen sozialen Bewegungen und Parteien entstanden. Sie erlaubt es nach Jahren des neoliberalen Durchmarschs, wieder über linke politische Bündnisse zu reden und Formen der Zusammenarbeit zu «erfinden».

Gemeinsame politische und symbolkräftige Projekte sind bereits erfolgreich auf den Weg gebracht worden – etwa die Proteste gegen das G8-Treffen in Heiligendamm im Jahr 2007 oder gegen den jährlichen Neonaziaufmarsch in Dresden. Es wurde breiter als zuvor dafür mobilisiert und entweder symbolkräftig öffentlicher Raum besetzt oder tatsächlich etwas verhindert. Damit wurde «Stärke in der Vielfalt» demonstriert. Wichtig dabei: DIE LINKE hat die Mobilisierungen nicht nur juristisch, finanziell oder rein symbolisch unterstützt. Sie hat darüber hinaus auch ihre Mitglieder zu den Protesten aufgerufen, die ihrerseits Aufgaben innerhalb der Bündnisse übernahmen, dort mit anderen Politikansätzen in Berührung kamen und Demo-Erfahrungen sammelten.

Im Programmentwurf wird mehrfach ein Verständnis von gesellschaftlicher Linker und sozialem Wandel formuliert. Es speist sich aus dem gewachsenen Wissen der Partei darüber, dass Transformationen nur «aus der Gesellschaft wachsen» können und von ihr getragen sein müssen. Nötig sind Menschen, die sich selbstbewusst zur Wehr setzen – aber nicht notwendigerweise einer Partei angehören müssen. DIE LINKE will derartige Prozesse unterstützen – und scheut sich dabei auch nicht vor Kritik von und Streit mit AkteurInnen, die nicht bei ihr organisiert sind. Die Auseinanderset-

zung treibe «nach vorne», heißt es im Entwurf. Daraus lässt sich ablesen: Das Verhältnis zum Feld außerhalb von Partei und Parlament wird als notwendig konflikthaft eingeschätzt.

Das Verhältnis zwischen Partei und Bewegungen ist damit aber noch lange nicht geklärt. Das kann es derzeit aus zwei Gründen auch gar nicht sein: Einerseits sollte ein Parteiprogramm keine endgültige Antwort geben. Andererseits stößt zwar das Konzept der «strategischen Bündnisorientierung» auch in den Bewegungen auf mehr Zustimmung, durch das Zusammenschlüsse breit und auf Dauer angelegt sowie zugleich von politischer Entschiedenheit gekennzeichnet sein sollen. Aber wie sich das auf das Verhältnis zur Linkspartei auswirkt, lässt sich nicht abschließend beurteilen.

Fest steht: DIE LINKE und die linken Bewegungen bleiben unterschiedliche Akteure, was die Zusammenarbeit objektiv schwierig macht. Umso wichtiger ist es, sich über einige wesentliche Punkte der Kooperation zu verständigen, sie zumindest im Blick zu haben. Die Stärke sozialer Bewegungen liegt in der Freiheit, nicht realpolitisch agieren zu müssen. Als ein «Moment» gesellschaftlicher Aneignung von Raum und Recht, als eine Form der Organisierung von Gegenmacht verweisen sie notwendig auf die Grenzen der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie, überschreiten die institutionalisierte Politikgrenze und sind immer wieder Quellen neuer demokratischer politischer Kultur. Soziale Bewegungen müssen auf ihrer Autonomie bestehen, wie auch Parteien nicht einfach in die Bewegungen zu integrieren sind. Das Wissen um die «mächtige Realität Partei» (Ingo Stützle) und deren strukturelle «Gefräßigkeit»

macht eigene Räume und Distanz nötig, damit den Bewegungen nicht AktivistInnen und Ideen verloren gehen. Auch die inhärente Logik des Parteiensystems – wie die Konkurrenz untereinander, die Dominanz des parlamentarischen Raums und die tendenzielle Reduktion der Politik auf Regierungshandeln – macht Abstand erforderlich.

Die Etablierung einer gesellschaftlichen Linken hängt von konkreten Projekten ab und davon, wie leicht oder schwer sich klar bestimmbare Inhalte durchsetzen lassen. Es kommt aber auch sehr darauf an, wie konfliktive Kooperationsformen und transformatorische Prozesse ausgestaltet werden können, die über das politische Alltagsgeschäft hinausreichen. Es müssen deshalb Prozesse geför-

dert und «Institutionen» geschaffen werden, die eine systematische und wirkungsvolle Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Formen von Politik sowie über deren Fallstricke und Chancen ermöglichen. Die Diskussion gilt es in DIE LINKE einerseits, in die Bewegungen andererseits hineinzutragen. Sie sollte zwar ergebnisoffen, aber dennoch nicht unverbindlich bleiben. Die Debatte über Politikverständnis und Ziele hat noch nicht richtig begonnen. Wenn es aber gelingt, emanzipatorische Prozesse anzustoßen und die Rahmenbedingungen für außerparlamentarische Politik zu verbessern – dann ist viel gewonnen.

**CORINNA GENSCHEL IST MITARBEITERIN DER KONTAKTSTELLE
SOZIALE BEWEGUNGEN DER LINKSFRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG**

CORNELIA HILDEBRANDT/ANNA STRIETHORST

EUROPA: MANCHE HABEN ZWEI

BEI DER KPÖ GILT AUCH DAS FRAUENPROGRAMM – IREN KOMMEN GANZ OHNE AUS

Um die Diskussion der LINKEN einzuordnen, lohnt sich ein Blick auf Programme und Debatten linker Parteien in Europa. Wie entwickeln sie ihre Parteiprogramme, welche Bedeutung haben sie und was wird wie diskutiert?

Nicht jede linke Partei in Europa verfügt über ein Parteiprogramm. Die italienische Rifondazione Comunista beispielsweise diskutiert ihre Strategie und Programmatik auf Grundlage von Leitansätzen und strategischen Papieren. Auch die irische Sinn Féin verfügt über kein Programm. Die KP Österreichs dagegen hat gleich zwei Programme. Bei ihr gilt zusätzlich ein Frauenprogramm, das formal den gleichen Stellenwert hat wie das Parteiprogramm.

Feinjustierungen erfolgen mitunter über jährliche Resolutionen, Parteitagsbeschlüsse und in Wahlprogrammen. Genannt seien die Grundsatzdokumente der Socialistische Partij (SP) der Niederlande und der luxemburgischen Partei Déi Lénk. Ergänzt wird das Programm in der Regel durch Statut und Geschäftsordnungen, die Fragen der Mitgliedschaft und Organisation sowie zu Parteiorganen und Wahlverfahren regeln. Statute enthalten oft aber auch programmatische Aussagen – wie bei der Izquierda Unida in Spanien oder den österreichischen Kommunisten.

Bedeutsam ist das Verhältnis von Partei- und Wahlprogrammen. Sie sind mitunter nicht klar getrennt. Das Grundsatzprogramm der Lénk in Luxemburg diente im Jahr 1999 gleichzeitig als Wahlprogramm für die Europa- und Parlamentswahlen. Andere Parteien, wie die schwedische Linkspartei, setzen sich in ihrem Wahlprogramm mit grundsätzlichen Fragen wie Selbstverständnis und Strategie auseinander. Die französische Parti Communiste wiederum verabschiedete zwar auf ihrem Parteitag im Jahr 2003 ein Parteiprogramm. In der Öffentlichkeit weitaus präsenter ist jedoch der «Programmorschlag» von Marie-George Buffet im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2007. Das Wahlprogramm mit 162 Seiten der Izquierda Unida aus dem Jahr 2008 spielt für die praktische Politik über Wahlen hinaus ebenfalls eine weitaus wichtigere Rolle als das Parteiprogramm von 2003. Ähnliches gilt für den Bloco de Esquerda in Portugal und dessen Programmen zur Wahl (2009) und zu den Grundsätzen der Partei (2005). Wahlprogramme haben auch die Funktion, die Spannung zwischen langfristiger Orientierung und konkreter Aufgabenformulierung zu vermitteln und strategische

Optionen aufzuzeigen. Dabei werden unterschiedliche Parteien- wie Wahlsysteme und die realen Kräfteverhältnisse berücksichtigt. Parteiprogramme dagegen müssen die langfristige Gesellschaftsalternative aufzeigen, Wege und Mittel bestimmen. Sie müssen integrationsfähig für Mitglieder mit verschiedenem sozialen, politischen und kulturellen Hintergrund sein und sind daher Ausdruck des Zusammenhalts und der Zukunftstauglichkeit. Sie spiegeln die Gewichtung der innerparteilichen Interessengruppen, das dort dominierende Parteien- und Gesellschaftsverständnis und die jeweilige Sicht auf Alternativen wider. Es gibt deshalb nicht nur in Deutschland Auseinandersetzungen um den Charakter der Partei – als arbeiter- oder massenverbindende Partei oder zur Frage, welche gesellschaftlichen Konfliktlinien für die Linken bedeutsam sind und welche sie reflektieren müsse. Diskutiert wird auch, wie der Kapitalismus zu analysieren ist und welche Bündnisse programmatisch festgehalten werden sollen.

Wichtig ist auch das Zustandekommen von Programmen. Dabei geht es um die Verfahren, wie Entwürfe diskutiert werden und wie die Wege zur Beschlussfassung und Annahme des Programms aussehen. Das ist entweder Sache der Parteiapparate und der dort angeschlossenen Programmkommissionen, deren Ergebnisse auf Parteitag abgestimmt werden. Oder ihnen geht eine ausgiebige Diskussion voraus, an der sich jedes Mitglied beteiligen kann. In der KPÖ etwa wurde das Programm von 2004 und das «Forderungsprogramm» 2007 auf allen Ebenen der Partei diskutiert. Die schwedische Vänsterpartiet bildete 2007 eine Gruppe mit dem programmatischen Namen: «Die Kunst, eine Partei aufzubauen», die nach positiven Beispielen linker Politik in Europa suchen sollte. Die Programmkommission erhielt zudem den Auftrag, das Programm grundsätzlich zu reformieren und unterschiedlichste Positionen zu berücksichtigen.

Ähnlich verfährt die finnische linksgrüne Partei Vasemmistoliitto, deren Programm aus dem Jahr 2007 ausdrücklich den Hinweis enthält, dass die Arbeit daran nach seiner Verabschiedung weitergehen soll. Anders die KSČM in Tschechien. Das Programm wird vom Parteivorstand vorbereitet und den Delegierten zur Abstimmung auf dem Parteitag vorgelegt, Minderheitenvoten sind nicht zugelassen. Das italienische Wahlbündnis Federazione della Sinistra



Lockeres Programm: Die niederländische SP auf Werbetour zur Europawahl 2009. Foto: flickr.com/newsphoto

stimmte ihr «Manifesto» weitgehend ohne Debatten zwischen den Vorständen der beteiligten Parteien ab.

Auch der Zeitaufwand unterscheidet sich. Bisher diskutierte noch keine linke Partei in Europa zwei Jahre lang ihr Programm, so wie es die DIE LINKE vorhat. Immer wieder führen Differenzen und Widersprüche zwischen praktischer Politik und Programm zu Kontroversen – vor allem dann, wenn wie in Finnland und Dänemark der aktuellen Parteipolitik vorgeworfen wird, im Widerspruch zu den Inhalten und Schwerpunkten des Parteiprogramms zu stehen. Das gilt auch, wenn gültige Programme keine Antworten auf die offenen Fragen der Linken geben können. Diese Debatten schließen Fragen zum heutigen Selbstverständnis als kommunistische, sozialistische

und plurale linke Partei ein. Programme aus den 1990er-Jahren haben sich stark mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus und der Sowjetunion auseinander gesetzt. Später bis etwa 2006/2007 waren sie stark von der Vision eines Sozialismus im 21. Jahrhundert geprägt, ab 2007 von der Krise des Finanzmarktkapitalismus. Krisen in ihrer Verflochtenheit zu verstehen und Alternativen einer solidarischen Gesellschaft, eines demokratischen Sozialismus und Schritte radikaler Realpolitik zu entwickeln, bleibt Aufgabe der Linken in Europa.

CORNELIA HILDEBRANDT IST REFERENTIN FÜR PARTEIEN UND SOZIALE BEWEGUNGEN IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG. ANNA STRIETHORST ARBEITET IM BRÜSSELER BÜRO DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

STEFFEN KÜHNE

ZU WENIG GRÜNES PROFIL

UMWELTTHEMEN DÜRFEN KEIN ANHÄNGSEL LINKER PROGRAMMATIK BLEIBEN

Umweltpolitische Themen sind längst noch nicht im Kanon linker Kernkompetenzen angekommen, trotz vieler vereinzelter Bemühungen. Das Programm der LINKEN wird sich auch daran messen lassen müssen, in welchem Maße darin ökologische Positionen als zentrales, Identität stiftendes Element verankert werden – und nicht nur ein gepflegtes Anhängsel bleiben.

Die ökologische Frage stellt sich drängender denn je. Einzige Antwort der Grünen darauf: Grüner Kapitalismus. Im Programmtext der LINKEN hingegen wird deutlich: Die kapitalistische Wachstums- und Wirtschaftslogik ist mit den Grundsätzen nachhaltiger Entwicklung unvereinbar. Nicht nur in der Präambel findet sich das Wort «ökologisch» in beinahe jedem zweiten Absatz. Im Kapitel «Krisen des Kapitalismus» wird der Zentralität der ökologischen

Frage mehr als eine halbe Seite gewidmet und sie darin ausdrücklich zur Systemfrage erklärt. Der häufig formulierte Anspruch auf Veränderung wird jedoch mit viel weniger konkreten Alternativen untermauert als bei anderen Themen.

DIE LINKE bekennt sich ausdrücklich zum Projekt des sozial-ökologischen Umbaus der Gesellschaft als einem Grundpfeiler ihrer Vision eines demokratischen Sozialismus. Sie definiert die Transformationsbemühungen in diese Richtung als «wesentliche Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen». Als Herzstück dieses Umbaus wird eine Energiewende angestrebt. Sie sieht den Abbau von Subventionen für die Energiegewinnung aus fossil-atomaren Quellen und eine drastische Reduzierung der Treibhausgasemissionen vor. Zudem sollen die Energiekonzerne vergesellschaftet werden. Mittel-

fristig wird eine regenerative Vollversorgung angestrebt. Der Flugverkehr soll eingeschränkt und der Personennahverkehr kostenfrei werden. Der Programmentwurf formuliert zudem Kritik an der unterirdischen Kohlendioxidspeicherung, wie sie gegenwärtig etwa im Land Brandenburg geplant ist, und am Emissionshandel. Dennoch spielt der Kampf gegen den Klimawandel auf den 20 Seiten insgesamt keine nennenswerte Rolle. Das Papier bleibt somit in einer zentralen Zukunftsfrage linke Alternativen schuldig.

Viele Elemente eines sozial-ökologischen Umbaus, etwa die Ablehnung grüner Gentechnik, der Ausbau der Umweltbildung oder die Unterstützung ökologischer Landwirtschaft, finden leider keine Erwähnung – anders als noch in den programmatischen Eckpunkten aus dem Jahr 2007. Dabei stellen sie wichtige linke Positionen dar. Auch die Rekommunalisierung, ein von vielen KommunalpolitikerInnen mit großer Anstrengung verfolgtes Projekt, wird lediglich mit

einem Halbsatz bedacht. So gerät die enge Verbindung ökologischer und sozialer Zielsetzungen stellenweise ins Hintertreffen. Es ist zweifellos nicht Aufgabe eines Programms, zu sämtlichen inhaltlichen Fragestellungen detaillierte Handlungskonzepte zu entwickeln. Die ausführliche Bearbeitung anderer Themenfelder spiegelt jedoch deren deutlich stärkere Gewichtung wider. So stellt der neue Programmentwurf aus umwelt- und klimapolitischer Sicht zwar einen Fortschritt gegenüber den programmatischen Eckpunkten dar, die Aufwertung des Themas hält sich jedoch in engen Grenzen. Die Potenziale einer dringend notwendigen Profilschärfung im ökologischen Bereich werden nicht voll ausgeschöpft. Es bleibt zu hoffen, dass die praktische Politik der neuen LINKEN sich in den kommenden Jahren stärker positionieren kann.

**STEFFEN KÜHNE IST REFERENT FÜR NACHHALTIGKEIT
IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**

LUTZ BRANGSCH/AXEL KRUMREY

ERBE UND SOZIALISMUS

STIFTUNG BEGLEITET DEBATTE MIT «GESELLSCHAFTSPOLITISCHEN FOREN»

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung begleitet die Programmdebatte der LINKEN mit einem eigenen Bildungsangebot: den «Gesellschaftspolitischen Foren». Dabei sollen bis 2011 bundesweit AkteurInnen der gesellschaftlichen Linken über thematische Aspekte des Programmentwurfs ins Gespräch kommen.

Der Auftakt fand im Februar in Leipzig statt: eine Konferenz zu Erbe und Tradition der Partei. HistorikerInnen und PolitologInnen diskutierten über die Wurzeln der LINKEN in Deutschland. Bei einem Podiumsgespräch in der Moritzbastei – einer mittelalterlichen Festungsanlage im Zentrum der Messestadt, seit Ende der 1970er-Jahre ein Studentenklub – tauschten unter anderem der scheidende LINKE-Vorsitzende Lothar Bisky sowie die HistorikerInnen Helga Grebing und Jürgen Hofmann ihre teils kontroversen Sichtweisen aus. Moderiert wurde die Runde vor rund 100 ZuhörerInnen vom geschäftsführenden Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Florian Weis, und dem linken Bundestagsabgeordneten Jan Korte. Anschließend lasen die SchauspielerIn Regine Seidler vom Berliner Grips-Theater und der Geschäftsführer von Dietz Berlin, Jörn Schüttrumpf, aus Briefen und Werken von Rosa Luxemburg. Auch der zweite Tag im «Haus des Buches» war von kontroversen Debatten geprägt. Die ReferentInnen bezogen sich weitgehend auf Beiträge in der zweibändigen Publikation «DIE LINKE – Erbe und Tradition», die Anfang Februar 2010 in der «Roten Reihe» des Karl Dietz Verlags erschienen ist. Bemerkenswert: Zwischen Helga Grebing, Manfred Lauer mann und Uli Schöler entspann sich ein vehementer Disput über die Rolle Wolfgang Abendroths für die Sozialdemokratie. Aufgrund der Vielzahl von Beiträgen wurde zum Ende der Tagung die Zeit knapp. Stefan Bollinger konnte sein Referat zu «Erbe und Tradition der SED für die Linke» nur stichwortartig halten, ein Workshop wurde aus dem Programm genommen. Dennoch war der Start der Reihe thematisch geglückt.

Vom 28. bis 30. Mai steht in Erfurt das nächste Gesellschaftspolitische Forum an. Unter dem Titel «Utopia Now!» geht es um den Utopiebegriff und politische Zukunftsentwürfe. Vorträge drehen sich um das Konzept der Peer-Ökonomie und Kampagnen wie

«Right to the City» und «Luxus für alle». Am 11. und 12. Juni befasst sich eine Tagung in Wiesbaden mit Anforderungen an die deutsche Friedenspolitik. Schritte zu einem Sozialismus des 21. Jahrhunderts und zur Überwindung des Finanzmarktkapitalismus sind Thema des Gesellschaftspolitischen Forums am 25. und 26. Juni in Berlin. Dabei sollen Forderungen linker Bewegungen auf Inhalt, Tragfähigkeit und Konsequenzen untersucht werden. Dazu zählen die Eigentumsfrage und die Frage nach der Regulationsweise. Insbesondere geht es um die Rolle des Staates als Rahmen setzende, regulierende, intervenierende Instanz sowie um den Sozialstaat. Eine gestärkte Zivilgesellschaft wiederum hat Konsequenzen für den Staat wie auch für linke Organisationen – Voraussetzungen für die Demokratisierung der Wirtschaft, für Zurückdrängung und Überwindung der Profitdominanz oder für Fortschritte in den Arbeits- und Lebensbedingungen der Mehrheit.

Da die gesellschaftliche Wirklichkeit von einem Geflecht vielschichtiger Widersprüche geprägt ist, können Linke nicht einfach nur mit der Forderung nach Abschaffung des Kapitalismus darauf antworten. Wie so oft ist das «Wie» das Problem. Der Diskussion zu Sozialismusvorstellungen für das 21. Jahrhundert kommt deshalb bei der Tagung eine entscheidende Bedeutung zu. Wichtig sind zudem die Erfahrungen aus der Transformation zum Sozialismus etwa in China und Lateinamerika. In Luxemburgischer Tradition soll die Konferenz die Ansatzpunkte für ein sozialistisches Projekt zusammenführen – die Verschärfung der Widersprüche im Kapitalismus, die veränderten Bedingungen und Herausforderungen für eine Transformation, Übergangsforderungen ebenso wie Erfahrungen aus dem gescheiterten Realsozialismus und die Ziel- und Wertevorstellungen eines emanzipativen, demokratischen und ökologisch zukunftsfähigen Sozialismus (www.rosalux.de/shorturl/sozialismus).

Ein weiteres Forum in diesem Jahr ist vom 15. bis 17. Oktober in Nürnberg zum Thema «Wirtschaftsdemokratie» geplant.

**LUTZ BRANGSCH IST REFERENT FÜR POLITISCHE ÖKONOMIE
IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG. AXEL KRUMREY IST ASSISTENT
DER GESCHÄFTSFÜHRUNG DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**

ZUVIEL STAATSVERTRAUEN

ZUR FRAGE DER HERRSCHAFT BLEIBEN DIE AUSSAGEN EINSEITIG UND VAGE

DIE LINKE handelt politisch in einem Spannungsverhältnis. Als parlamentarische Partei nimmt sie an Wahlen, an der öffentlichen Willensbildung und an parlamentarischen Entscheidungen teil – also an der repräsentativ-demokratisch verfassten Staatsgewalt. Laut Programmentwurf zielt sie gleichzeitig darauf ab, mittels Politik, Gesetzgebung und Administration alle gesellschaftlichen Verhältnisse zu überwinden, in denen Menschen ausgebeutet, entrechtet und entmündigt werden.

Grundlegende Veränderungen der herrschenden Eigentums-, Verfügungs- und Machtverhältnisse, Demokratie und Freiheit ohne Ausbeutung und Unterdrückung sind die Ziele. Zu Recht wird auf dem demokratischen Weg bestanden, diese Ziele zu erreichen. Obwohl der Einschätzung des Staates in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle zukäme, bleibt er im Programmentwurf eine Blindstelle. Das birgt zwei Gefahren für die Linke: die der Überschätzung und die der Unterschätzung. Der Staat wird überschätzt hinsichtlich dessen, was mit ihm erreichbar ist. Gleichzeitig wird er hinsichtlich seiner Gefährlichkeit unterschätzt. Denn gerade als eine und vielleicht sogar die fürchterlichste Form der Machtausübung kommt er ebenso wenig in den Blick wie andere Formen: das Recht, die Gefängnisse, die Medizin und Psychiatrie, die Wissenschaften, die Schulen und das Elternhaus. Das Programm liest sich ökonomis-

«Das Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie erscheint als Nullsummenspiel.»

tisch, so, als seien nur der Kapitalismus, der Neoliberalismus, die Oligopole Herrschaft. Die Folge ist zu viel Vertrauen in den Staat. Das Verhältnis von Kapitalismus, Ökonomie, Markt und Herrschaft auf der einen Seite und Politik, Demokratie und Staat auf der anderen Seite erscheinen als eine Art Nullsummenspiel. Wenn der Kapitalismus zu stark wird und sich entgrenzt, dann scheint dies zu Lasten der Politik zu gehen. Die Staaten werden als «Geiseln der Vermögensbesitzer» beschrieben. Deswegen muss nun gegengesteuert und der Kapitalismus erneut gefesselt werden. Es ist davon die Rede, dass die Dominanz des kapitalistischen Eigentums keine Vormacht mehr haben sollte und die Renditefixierung zurück gedrängt werden müsse. So wird der Eindruck erweckt, als seien Politik, Staat und Recht nicht auch ihrerseits kapitalistisch. Aber seit Marx' Überlegungen zur «Judenfrage» gehört es zu den kritischen Einsichten, dass die Trennung des Allgemeinwohls vom egoistischen Individualinteresse, der Gegensatz von Einzelnen und dem vom Staat verkörperten Gesamtinteresse, die Verselbständigung der Gattung gegenüber den Individuen, selbst wesentliche Merkmale moderner Herrschaft sind.

Alle bisherigen Versuche der Demokratie, diese Kluft notdürftig zu überbrücken, waren nur Flickschusterei. So ist der Konflikt, dass alle gesellschaftlichen Gruppen versuchen müssen, ihre jeweiligen Sonderinteressen als Allgemeinwohlinteressen zu propagieren und

alle anderen dagegen immer Protest anmelden, auf Dauer gestellt. Demokratie bleibt so grundsätzlich ein gefährdetes Projekt.

Die Abtrennung der Politik von der Gesellschaft, die Herausbildung des bürgerlichen Rechtsstaats, die Erfolge der sozialen Bewegungen, der staatlichen Herrschaftsorganisation etliche Kompromisse aufzuzwingen und sie demokratisch und sozial zu verfassen, sind große Schritte der Emanzipation gewesen. Doch diese Emanzipation ist gleichzeitig mit engen Grenzen für die gesellschaftliche Selbstbestimmung und Demokratie versehen worden.

Das staatlich definierte Allgemeinwohl ist vorrangig das der Kapitaleigentümer. Der Staat organisiert die Kompromisse zwischen diesen und den vielfach der Macht Unterworfenen, er organisiert aber vor allem den Ausgleich zwischen den verschiedenen Kapitaleigentümergruppen, so dass sie nicht befürchten müssen, gegenüber den anderen benachteiligt zu werden: bei Steuern, Subventionen, Sozialstandards, Infrastrukturen oder Zugang zu kostenlosen Gemeingütern wie Sicherheit, qualifizierten Arbeitskräften oder Forschungsergebnissen. Welche der Eigentümergruppen sich bei der Definition der staatlichen Aufgaben, dessen, was als öffentlich gilt, durchsetzt, ist Gegenstand vieler Konflikte und veranlasst die herrschenden Kräfte, Bündnisse mit anderen Gruppen der Bevölkerung einzugehen. Aber mit der transnationalen Akkumulation von Kapital verlieren solche Kompromisse auf nationalstaatlicher Ebene an Bedeutung. Wesentliche Entscheidungen verschieben sich auf die informellen Governance-Mechanismen der europäischen oder globalen Ebene. Diese politisch-staatlichen Kräftekonstellationen bleiben im Programm unbestimmt.

Wenn nun auf politischem Wege neben der privaten andere Eigentumsformen verstärkt durchgesetzt werden sollen – genossenschaftliches, staatliches, kommunales, öffentliches und Belegschaftseigentum – dann ist das zunächst unproblematisch. Denn diese Vielfalt haben wir schon längst. Ein dreifaches Problem entsteht wahrscheinlich, wenn vermehrt gesellschaftliche Ressourcen für solche neuen Eigentumsformen aufgebaut werden und sie zu ernsthaften Konkurrenten von Kapital werden. Sind sie auf Dauer ökonomisch mit global operierenden Unternehmen konkurrenzfähig? Es wird Widerstand geben und Versuche, solche Projekte scheitern zu lassen – wie ist damit demokratisch umzugehen? Es bedarf neben der gesellschaftlichen auch der staatlich verfassten Macht, die dazu beiträgt, solchen Formen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Demokratie Raum zu gewähren. Doch wie kann eine solche staatliche Macht erreicht werden? Vor allem, wie kann sie selbst demokratisch ausgeübt und kontrolliert werden?

Demokratie bedeutet, dass in einem offenen Diskussionsprozess um Mehrheiten gerungen wird. Allein auf der Ebene von parlamentarischen Wahlen und Willensbildungsprozessen jedoch lassen sich solche weitreichenden Mehrheitsentscheidungen nicht dauerhaft absichern. Mehrheiten können heute dies und morgen anderes beschließen. Wenn die Beschlüsse schließlich die Form von Gesetzen annehmen, heißt dies noch lange nicht, dass in den öffentlichen Verwaltungen entsprechend gehandelt wird. Es bedarf also breit getragener Willensbildungsprozesse, die auf Transformation zielen.

Deswegen stellen sich Fragen nach den konkreten Transformationen, den möglichen Bündnissen, den konkreten Formen der demokratischen Beteiligung. Auf diese Aspekte geht das Programm nicht ein, sondern beschwört den national verstandenen demokratischen Rechts- und Sozialstaat. Es heißt, Rechtsstaat und Sozialstaat sollen eine Einheit bilden – aber das haben wir laut Grundgesetz schon. Weiter: Menschenrechte, Rechtsstaat, Demokratie und Sozialstaat sollen entwickelt werden. Das ist zu begrüßen, auch wenn der bislang bekannte Rechtsstaat mit seiner Blindheit für die einfachen Leute und seinen Repressionen oder der Sozialstaat mit seinen disziplinären Methoden nur bedingt zur Überwindung von Entwürdigung beigetragen haben. Sicherlich ist die Einführung von Volksentscheiden sinnvoll, auch wenn das letztlich nur Geringes an Demokratisierung bringt.

Der Staat soll mittels Rahmensetzung und Kontrolle die Marktsteuerung unterordnen. Das alles bleibt im Rahmen des Gegebenen, ja, sogar nahe an der Logik des Profits, also wird auch an den Folgen

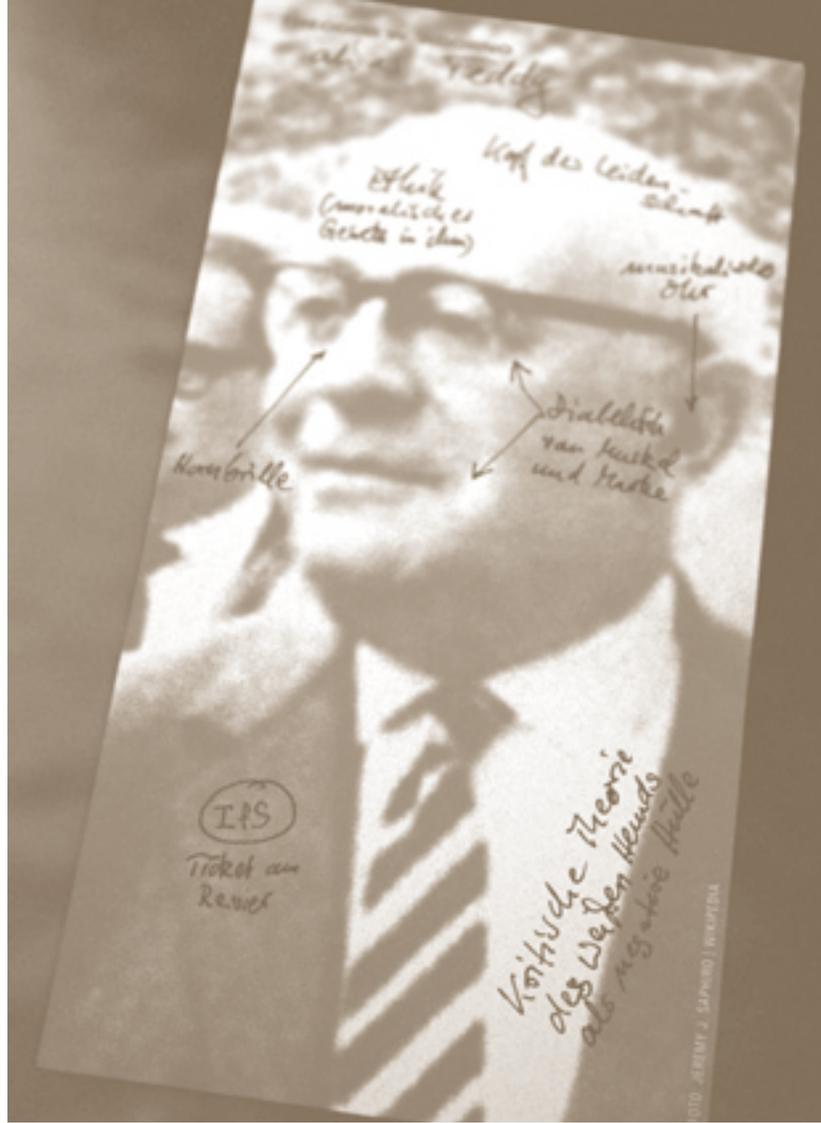
der Entwürdigung festgehalten. Es stellt sich die Frage, wie sich diese Schritte der Bewahrung, Vertiefung und des Ausbaus des nationalen Rechts- und Sozialstaat erstens im Kontext transnationaler Kapitalakkumulation und staatlicher Herrschaftsausübung bewerkstelligen lassen und zweitens mit der sozialistischen Transformation verbinden. Haben wir es hier mit einer Unklarheit zu tun, oder handelt es sich um eine in sich widersprüchliche Zielsetzung, oder sind es Phasen im Prozess der Emanzipation? Das Programm will viel und bleibt dennoch an relevanten Punkten einseitig und vage. Überzeugen und Fortschritt bringen wird es am Ende nur, wenn die Leute wissen, auf welche Widersprüche und Risiken sie sich einlassen, wenn sie in ihrer Unzufriedenheit und in ihrem alltäglichen Widerstand die Vorschläge der LINKEN aufnehmen. Und sie müssen sehen, wie diese Widersprüche und Risiken so bewältigt werden können, dass hinterher nicht alles schlechter gewesen sein wird.

ALEX DEMIROVIĆ LEHRT POLITIKWISSENSCHAFT AN DER TU BERLIN UND GEHÖRT DEM VORSTAND DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG AN

EINE THEMENSEITE der Stiftung zur Programmdebatte ist geschaltet unter www.rosalux.de/shorturl/linke-programmatik. Ein Download des Programmentwurfs ist auf www.die-linke.de/programm/programmentwurf/ möglich. Der Zeitplan der LINKEN sieht unter anderem Regionalkonferenzen für September und Oktober sowie einen Programmkonvent im November 2010 vor. Bis Ende März 2011 soll ein zweiter Entwurf vorliegen und in die Diskussion gehen. Verabschiedet werden soll das Programm spätestens im November 2011.

Kräftig, aber allein – bei welchen Programmpunkten wird sich eine starke Minderheit durchsetzen? – Plastik in Neckarsulm. Foto: Martin Allgeier





Teilnehmerin während einer Konferenzpause. Rechts: Tagungsflyer mit dem Konterfei Adornos – verziert mit Notizen. Fotos: Marcus Hawel

ASAF ANGERMANN

ZUM ZEITKERN DER WAHRHEIT

FRANKFURTER SYMPOSIUM BEFASSTE SICH MIT DER KRITISCHEN THEORIE DER KRISE

Die Kritische Theorie der Gesellschaft, wie sie vor allem durch Max Horkheimer und Theodor W. Adorno konzipiert und am Frankfurter Institut für Sozialforschung entwickelt wurde, kennzeichnet sich durch eine Paradoxie: Sie entstand als Reaktion auf das Scheitern der Revolution der Arbeiterklasse. Der Ausweg aus dieser Krise sollte eine Erneuerung des Marxismus sein.

Dagegen setzt sich die spätere Kritische Theorie mit einer Gesellschaft im unauflösbaren Krisenzustand auseinander und will allgemeinere Wahrheiten über sie formulieren. Die soziologischen und philosophischen Erkenntnisse sind einerseits nicht auf eine bestimmte Sachlage zu reduzieren, andererseits haben sie jedoch ihren «Zeitkern».

Wie es mit dem «Zeitkern der Wahrheit» der Kritischen Theorie in der Gegenwart bestellt ist, war Mitte April das Thema einer Tagung des Studienwerks der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Türkischen Volkshaus in Frankfurt am Main. Der Titel des Symposiums lautete «Kritische Theorie der Krise». Vor rund 50 TeilnehmerInnen erläuterte Marcus Hawel, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Studienwerks, in seinem Einführungsvortrag den historischen Aspekt des Tagungsthemas: Das Scheitern der Revolution 1918 führte zur Er-

kenntnis über die Notwendigkeit, den Marxismus zu erneuern und ihn etwa durch psychoanalytische und kulturtheoretische Fragestellungen zu ergänzen. Die Krise in ihren verschiedenen Formen – Krise der Arbeiterbewegung, des Marxismus ebenso wie des Kapitalismus – war eine Grundmotivation für die Entstehung der Kritischen Theorie. Sie bestimmte ihre theoretische ebenso wie praktische Ausrichtung.

Als eine «Theorie, welche der Wahrheit einen Zeitkern zuspricht, anstatt sie als Unveränderliches der geschichtlichen Bewegung entgegensetzen», wie Horkheimer und Adorno in ihrer Einleitung zur Neuausgabe der «Dialektik der Aufklärung» von 1969 schreiben, muss die Kritische Theorie stets sich selbst, ihre Erkenntnisse und Befunde infrage stellen. Sie befindet sich insofern selbst permanent in einer Art Krise, da ihre «Wahrheiten» zugleich allgemeingültig und historisch sind: Sie sind untrennbar von den gesellschaftlichen Konstellationen, auf die sie sich beziehen, und nur als solche können sie ihre allgemeine Geltung haben.

Selbstreflexion war daher ein weiterer Aspekt der Tagung: Welche Geltung haben die Theorien und Erkenntnisse der älteren Frankfurter Schule – im Jahr 1923 war durch Felix Weil, Karl Korsch, Georg Lukács, Friedrich Pollock und andere Denker ein marxistisches Ins-

titut gegründet worden – in der Gegenwart? Werden sie angesichts der Wirtschaftskrise wieder relevant oder befindet sich die Kritische Theorie selbst in der Krise? Anette Ohme-Reinicke und Michael Weingarten von der Universität Stuttgart widmeten sich der Frage nach dem Verhältnis von Krise und Kritik. Im Rückgriff auf die Erkenntnisse von Marx, Horkheimer und Adorno zeigten sie, auf welche Weise Krisenzeiten bestimmte Bewusstseinsformen konstituieren – und wie die politischen Institutionen es doch versäumen, die Krisensituation positiv zu nutzen.

Die Aktualität der Kritischen Theorie besteht gerade in der Erkenntnis eines solchen Versäumnisses – oder wie Tatjana Freytag feststellte, in der Einsicht in den Verlust der negativen Kraft, der Kraft zur Kritik und Veränderung. Wenn man in diesem Sinne von einer Krise der Kritischen Theorie sprechen kann – und diese könnte man vor allem an ihrem Verschwinden aus den Vorlesungsverzeichnissen der Universitäten erkennen –, dann wäre sie der wahre Gegenstand einer erneuten Kritischen Theorie, die sich mit den Problemen der Gegenwart beschäftigt und den Verlust kritischer Kräfte in ihr thematisiert.

Als einen der entscheidenden Gründe für das Fortbestehen unterdrückender Verhältnisse und für das Verstummen kritischen Denkens nennen Adorno und Horkheimer die Kulturindustrie. Die Standardisierung und gleichzeitige Erzeugung von Bedürfnissen diene dazu, einen Schein des Glücks zu erwecken, der eine wahrhaftige Emanzipation «ersetzt». Auf den ersten Blick scheint es so, als würde die gegenwärtige Wirtschaftskrise die Kulturindustrie entlarven und ihren Schein durchbrechen. Roger Behrens erklärte allerdings, warum es sich damit doch nicht so verhält. Denn Krisen seien keine Brüche im Mechanismus der Kulturindustrie, sondern gehörten wesentlich zur ihrer Dynamik. Die Krise manifestiert sich demnach in der Struktur der Kultur selbst und stellt daher keine Drohung für das kapitalistische System dar.

Damit zeigte sich ein weiterer wichtiger Denkansatz zur Gegenwart der Kritischen Theorie – zur Relevanz der Erkenntnisse der «alten» Frankfurter Schule für «neue» Formen der Krise und ihre Konstellationen. Weitere Beiträge handelten von der Thematisierung der Krise in den Medien, die den ideologischen Schein einer Kapitalismuskritik erweckten, gerade um genau diese Kritik zu verhindern; von der zunehmenden Ideologisierung des Alltags und der «ethischen» Praxis sowie von Phänomenen gesellschaftlicher Ausgrenzung, die in Krisenzeiten zu beobachten sind. Es handelt sich mithin um Themen der «klassischen» Kritischen Theorie, die in der Gegenwart neue Bedeutungen erhalten und auf die Dringlichkeit hindeuten, Anschlussmöglichkeiten an neue Erkenntnisse zu finden und Gegenwartsbezüge zu aktuellen Problematiken herzustellen.

Der Titel «Kritische Theorie der Krise» erwies sich als doppelt tautologisch: Die Vergegenwärtigung der Entstehungszusammenhänge und theoretischen Entwicklung verdeutlichte, dass die Kritische Theorie von Anbeginn eine Theorie der Krise war, im historischen ebenso wie im systematischen Sinne. Die gegenwartsbezogene Diskussion zeigte, dass eine echte Theorie der Krise eine kritische sein muss, dass die Kritische Theorie eine der wenigen, wenn nicht gar die einzige Möglichkeit darstellt, die Krise aus einer wahrhaft kritischen Perspektive zu analysieren, die nicht in einer ideologisch maskierten Affirmation des Bestehenden mündet, sondern diese nach dem «Zeitkern ihrer Wahrheit» befragt.

ASAF ANGERMANN IST PROMOTIONSSTIPENDIAT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

MORITZ BLANKE

PROMOTION, PARTEI UND BURGENDKUNDE

EX-STIPENDIAT SASCHA WAGENER IST EIN VIELBESCHÄFTIGTER LINKER

Sascha Wagener steckt mitten in seiner Dissertation. Die Programme von 16 europäischen Linksparteien hat er sich vorgenommen. Doch notgedrungen kommt der 32-Jährige nach Ablauf seiner Förderung nicht richtig voran.

Beruf und Politik gehen vor. Zwei Jahre lang forschte der gebürtige Luxemburger als Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung und als Doktorand an der Uni Potsdam schon zur Politischen Theorie der europäischen Linken. In seiner Doktorarbeit will er deren gemeinsame Substanz herausfiltern. Wagener studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Kunstgeschichte in Trier, Prag, Berlin und Potsdam. Seine Magisterarbeit handelt von der Europäischen Verfassungsdebatte. Er spricht sechs europäische Sprachen. Derzeit freilich muss der Politologe die Forschungen ruhen lassen. Anfang Mai trat er seine neue Stelle im Freiburger Büro der Bundestagsabgeordneten Karin Binder und Michael Schlecht an. Das bedeutete auch: Umziehen quer durch die Republik. Denn zuvor leitete Wagener die Linksfraktion im Kreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge. Seit 2006 gehört Wagener dem Bundesvorstand der LINKEN an. Als jugendpolitischer Sprecher hatte er großen Einfluss auf die Gründung von Linksjugend Solid. Er vertrat den Jugendverband im European Network of Democratic Young Left. Im Jahr 2009 war er Kandidat zur Europawahl, verpasste jedoch den Einzug ins Europäische Parlament. Seine Partei hat Wagener auch an seinen Studienorten unterstützt. Er war Kreissprecher in Trier, im Bezirksvorstand in Friedrichshain-Kreuzberg tätig und schließlich im Kreisvorstand in der Sächsischen Schweiz. Neben der Politik interessiert ihn vor allem Kunstgeschichte. Er hat jahrelang als Reisebegleiter gearbeitet und Aufsätze zu Burgen- und Festungsbau publiziert. Seine Forschungen zur Burg Montclair sind als wichtiger Beitrag zur saarländischen Burgenkunde anerkannt. Auf Reisen hat er fast ganz Europa, Russland, China und Lateinamerika kennengelernt. Rumänien ist zu seiner zweiten Heimat geworden. Im Land zwischen Donau und Prut verbringt er so viel Zeit wie möglich. Mit seinen vielen Interessen und der resultierenden Mehrfachbelastung stellt Wagener keine Ausnahme unter den StipendiatInnen dar. Dennoch hofft Wagener, seinen wichtigen Abschluss zu machen – zieht sich doch das Thema seiner Dissertation auch durch seine eigene Biographie.

MORITZ BLANKE IST REFERENT FÜR EHEMALIGENARBEIT IM STUDIENWERK DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG



Sascha Wagener. Foto: Privat



Auf viel Interesse stieß im März das Left Forum in der New Yorker Pace University. Foto: Rainer Rilling

MARK HAGEN

IMPULSE IN NEW YORK

LINKE DEBATTIEREN AUF LEFT FORUM ÜBER STRATEGIEN FÜR DIE USA UND EUROPA

Unter dem Motto «Die Mitte kann nicht standhalten» fand im März das Left Forum in New York statt. Die US-Linke versammelte sich gut ein Jahr nach der Amtsübernahme von Barack Obama.

Der Andrang in der Pace University im Financial District war groß. Gut 3.000 TeilnehmerInnen und hunderte ReferentInnen kamen zum Left Forum – so viele wie noch nie. Es gab etwa 250 Einzelveranstaltungen. Vor allem Auftakt und Abschluss zogen viele BesucherInnen an. Lange Menschenschlangen bildeten sich vor den Auftritten prominenter RednerInnen wie der Soziologin Frances Fox Piven, des Bürgerrechtlers Jesse Jackson, der indischen Schriftstellerin Arundhati Roy und des Sprachwissenschaftlers Noam Chomsky vor dem Tagungsort. Alt und Jung kamen, alle Ethnien waren vertreten. Die Medienpräsenz dagegen war enttäuschend. Trotz des großen Bekanntheitsgrades – etwa von Jesse Jackson – war das Forum den örtlichen Medien der Mainstream-Presse nicht einmal eine Randnotiz wert.

Sowohl Jackson als auch Chomsky nahmen das Motto des Forums in ihren Beiträgen auf. Jackson verwies in seiner Auftaktrede auf die Erfolge sozialer Bewegungen beim Erkämpfen von Bürgerrechten in den USA. Er reklamierte zudem für die Linke, nicht eine Randererscheinung zu sein, sondern vielmehr die moralische Mitte zu bilden. An ihr hätten sich andere zu messen. Noam Chomskys Analyse war dagegen düster. Er bezog das Motto «Die Mitte kann nicht standhalten» auf das Wiedererstarken der Rechten und das Unvermögen der Obama-Politik, langfristig positive sozialpolitische Impulse dagegenzusetzen. In diesem Spannungsfeld bewegte sich das gesamte

Forum. Viele Veranstaltungen behandelten die Situation linker Bewegungen in der Krise oder stellten Fragen nach den besten Organisationsformen für das Bilden einer stabilen linken Kraft. Dabei war die Stimmung trotz neuer Vielfalt und Größe eher ernüchtert bis ratlos angesichts der Realpolitik der Obama-Administration und der offensichtlichen Fähigkeit der Rechten, sich besser und schneller zu reorganisieren, als es die Linke bislang vermochte. Immerhin: Offene Grabenkämpfe und interne Konflikte waren im Verlauf des Forums nicht sichtbar.

Lediglich im Gewerkschaftsbereich wurden Risse deutlich sichtbar. So war ein Workshop eigens dem Konflikt von Gewerkschaften im Gesundheitswesen gewidmet. In anderen Panels hofften die Sprecher auf eine Renaissance der Schwerindustrie mit grünem Anstrich, um Arbeitsplätze und damit auch die Gewerkschaften zu retten. Dabei offenbarte sich abermals die derzeitige Schwäche linker Organisationen in den USA. Einige gestandene Vertreter etablierter Verbände gaben unumwunden zu, dass die interessantesten Impulse für das Organisieren von ArbeiterInnen in nächster Zeit aus MigrantInnenvereinigungen, «Worker Centers» für Nichtorganisierte sowie von Arbeitsloseninitiativen zu erwarten seien – und nicht etwa von den bestehenden Verbänden.

Auch die Beteiligung der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des europäischen Netzwerks Transform fügte sich in die Themenbreite ein. Stiftung und Transform organisierten mehrere gut besuchte Panels zu linken Strategien in Europa und den USA in der Krise sowie Strategien von Gewerkschaften und Armenbewegungen. Viele Veranstaltungen brachten die Erkenntnis, dass es mehr Organisationsbe-

mühungen jenseits der großen Parteien und Gewerkschaften geben muss. Nur so können nennenswerte Fortschritte bei der Integration von Armen, MigrantInnen und Arbeitslosen erzielt werden. Viele AktivistInnen und Grasswurzelninitiativen nahmen das Left Forum zum Ausgangspunkt für die Mobilisierung zum zweiten US-Sozialforum in Detroit im kommenden Monat. Dort bietet sich die nächste Gelegenheit für die US-Linke, Schlüsse aus den jüngsten Erfahrun-

gen für die Praxis zu ziehen. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung wird auch beim Sozialforum mit zwei Panels dabei sein – zur Transformation der Autoindustrie und zur Organisation von sozialen Bewegungen. Unter www.leftforum.org sowie www.ussf2010.org gibt es weitere Informationen.

MARK HAGEN IST REFERENT FÜR OECD-LÄNDER, EUROPA UND DIE VEREINTEN NATIONEN IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

PETER SCHÄFER

VIDEOCHAT MIT CHOMSKY

US-PROFESSOR UND STUDIERENDE IN GAZA DISKUTIEREN ONLINE ÜBER NAHOST

Die seit dem Jahr 2007 verstärkte israelische Blockade des Gazastreifens verhindert nicht nur die Einfuhr von Medizin, Lebensmitteln und Baustoffen. Die Isolierung hat auch großen Einfluss auf den Austausch mit der Welt außerhalb des dicht bevölkerten Gebiets.

Alle Grenzübergänge sind geschlossen, gereist werden kann höchstens mit Ausnahmegenehmigung. Besuche nach Gaza sind nur JournalistInnen und MitarbeiterInnen internationaler Organisationen gestattet, in enger Koordination mit den israelischen Besatzungsbehörden. BewohnerInnen Gazas berichten, dass sie sich auf Grund der gefängnisartigen Situation nur noch mit sich selbst beschäftigen. Und zuvor sehr aktive politische Menschen beklagen, dass es keinen Raum mehr gibt zur Entwicklung neuer Strategien. Mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung durchbricht die Organisation Tida aus Gaza deshalb seit diesem Jahr die kulturelle Abschottung und organisiert einen internationalen Austausch per Video-Konferenz, genannt «Gaza Exchange». Die Idee ist schlicht: Internationale Fachleute referieren zu bestimmten Themen, bequem von ihrem Arbeitsplatz aus. Bild und Ton werden live nach Gaza übertragen, von wo aus mit dem Gast ebenso diskutiert werden kann.

Eine interessierte Gruppe in Gaza war schnell gefunden. «Wir konnten uns vor Anfragen kaum retten», so Wasim El Sarraj von den Organisatoren: «Wir sind hier ja quasi hungrig nach Informationen und dem Austausch mit draußen.» Eine Gruppe möglicher Gesprächspartner, darunter in Nahostfachkreisen sehr renommierte Personen, war ebenfalls schnell ausgemacht. Universitäten in den USA und England sagten ihre Kooperation zu.

Tida wollte zunächst klein beginnen und probierte die Idee mit 25 Studierenden aus. Professor Noam Chomsky von der Cambridge University in den USA war von der Idee begeistert. Er stellte Ende Januar seinen Standpunkt zur Politik der US-Regierung unter Präsident Obama dar, mit dem in der Region anfangs große Hoffnungen verbunden worden waren. Anschließend diskutierte Chomsky mit den ZuhörerInnen. Um der großen Nachfrage gerecht zu werden, suchte Tida für die zweite Veranstaltung mit Professor Rashid Khalidi nach größeren Räumen. Fündig wurde die Organisation an der Islamischen Universität in Gaza (IUG). Dort allerdings gab es Probleme. Rund 250 Studierende kamen, Professor Khalidi war bereit – da blies die Universitätsleitung alles ab: Der Veranstaltungstitel «Can America be a force for good?» sei zu USA-kritisch. Laut Tida hat die Uni alle Hände voll zu tun, um sich den Anforderungen der Hamas-Regierung zu erwehren. Sie will die Hochschule zu ihrer Kaderschmiede umfunktionieren. Die Befürchtung: Eine Kritik an den

USA leiste diesen Bemühungen Vorschub. Nach langen Diskussionen konnte Tida die IUG jedoch wieder für sich gewinnen und wird dort nun alle zwei Monate Video-Veranstaltungen unter anderem mit Richard Falk, Yezid Sayigh, Richard Norton, Chris Hedges und Sara Roy veranstalten. Im kleineren Kreis wird wöchentlich mit einer festen Gruppe weiterdiskutiert. Die Veranstaltungen reichen von einem Seminar in Wirtschaftstheorie – zusammen mit der Harvard-Universität – bis hin zu gewaltfreiem Widerstand mit einem Vertreter der israelischen Anarchists Against The Wall. Matan Cohen, der bei Mauerprotesten in der Westbank ein Auge verlor, wird über eine mögliche Rolle der Jugend aus Gaza in der Kampagne «Boycott, Desinvestitionen, Sanktionen» diskutieren, die sich gegen die israelische Besatzung richtet und international an Rückenwind gewinnt. Das «Fenster Gazas zur Welt» soll sich zudem auch in Richtung Gaza öffnen. «Alle Teilnehmenden haben großes Interesse daran, der Welt zu zeigen, wie Gaza wirklich ist», so El Sarraj. Ein Link zum Chomsky-Vortrag gibt es unter www.youtube.com/user/TidaGaza. Die Partnerorganisation Tida ist online unter www.tidagaza.org zu finden.

PETER SCHÄFER LEITET DAS AUSLANDSBÜRO DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN RAMALLAH

Noam Chomskys Vortrag zu Nahost kann im Internet angesehen werden.



CLAUS-DIETER KÖNIG

EIN CENT PRO KILO TOMATEN

SOZIALFORUM IN BENIN LENKT AUFMERKSAMKEIT AUF LAGE DER KLEINBÄUERINNEN

Ende Januar 2010. Die Communauté de Kpomassé ist nur über eine Sandpiste erreichbar, hat keine Bank und kein Hotel. Sie erstreckt sich entlang des Ahomé-Sees im Südwesten des westafrikanischen Staates Benin und besteht aus mehreren verstreut liegenden Weilern und Gehöften.

Kpomassé ist Gastgeber des zweiten Sozialforums der Region «Atlantique» in Benin. Das Forum ist Auftakt für eine Reihe von Veranstaltungen, die im Jahresverlauf in Afrika zum Weltsozialforum 2011 in Dakar mobilisieren sollen. Eingeladen nach Kpomassé wurde weit über die Region hinaus. In Benin aktive Gewerkschaften kommen mit Delegierten, von denen ein Teil aus dem Norden des Staates stammt. Auch aus Togo, Niger, Mali, Senegal, Burkina Faso sind TeilnehmerInnen angereist. Kpomassé ist eine Landwirtschaftsgemeinde, die unter anderem Tomaten anbaut. Nach der Ernte müssen sie schnell verkauft werden, denn es ist keine Technik zur Konservierung verfügbar. Im Ergebnis verkaufen die Bäuerinnen und Bauern das Kilogramm Tomaten für weniger als fünf Francs-CFA – so heißt die lokale Währung. Das entspricht weniger als einem Eurocent für eine Frucht, die außerhalb der Saison auf den Märkten der Hauptstadt gut und gerne 1.500 Francs-CFA (drei Euro) je Kilo einbringt.

«Was tun?», fragen die Frauen die angereisten Gäste. «Organisiert Euch», antwortet Paul, der aus Frankreich gekommen ist. Das allein kann es aber nicht sein, denn die Frauen sind bereits in Frauenselbsthilfegruppen organisiert. Zu fragen wäre: Mit welchem Ziel organisieren? Welche Macht haben Frauen, die in einem Dorf von kleinbäuerlicher Landwirtschaft leben und die zu Fuß 15 Kilometer bis zur nächsten Hauptstraße zurücklegen müssen.

Der Gewerkschafter Maxime sagt, dass Demonstrationen in Benin manchmal wirksamer seien als Streiks. Es liege an der nach außen gewandten Haltung der Regierung des Landes. Der Präsident wolle nicht, dass Demos und Proteste aus seinem Land bei CNN übertragen werden. Zur Effizienz der Demonstrationen gehört aber auch,

Beim Sozialforum im westafrikanischen Benin im Januar. Foto: Paul Martial



dass sich die Gewerkschaften ihrer politischen Rolle wohl bewusst sind. Das fehlt den Frauengruppen noch: ihre Alltagsprobleme in politische Forderungen umsetzen zu können.

Was könnten ihre politischen Forderungen sein? Dumpingpreise für ihre Produkte zur Erntezeit sind das Hauptproblem. Der Markt setzt sie durch, weil die Vergänglichkeit ihrer Waren die Bäuerinnen zum Verkauf zwingt. Vonnöten ist daher eine aktive, eingreifende Landwirtschaftspolitik des Staates, die gewährt, dass den Frauen ihre Tomaten und andere Produkte zu einem Existenz sichernden Preis abgenommen werden. Dies könnte durch eine Förderung von Produktionsgenossenschaften gelingen, die in die Weiterverarbeitung etwa zu Tomatenmark investieren. Allerdings müssten dann auch die Märkte für diese Produkte aktiv gestaltet werden, um faire Preise zu erzielen. Um dies umsetzen zu können, muss sich der Staat gegen konkurrierende Importe – wie etwa das Tomatenmark aus europäischer Produktion – wehren können. Freihandel für weiterverarbeitete Nahrungsmittel widerspricht einer eingreifenden Landwirtschaftspolitik, die das Ziel der Nahrungsmittelsouveränität mit einem Existenz sichernden Einkommen für die Bäuerinnen und Bauern verbindet. Ohne einen gestaltenden Staat ist dieses Ergebnis nicht erreichbar. Das lässt sich nicht zuletzt in Europa beobachten, wo Subventionen in die Landwirtschaft verteidigt werden – auch im Rahmen von Welthandelsvereinbarungen, bei denen ansonsten der freie Markt gepredigt wird.

Für die Europäerinnen und Europäer vor Ort kann es nicht darum gehen, die Frage zu beantworten, wie die Bäuerinnen und Bauern in Afrika handeln sollten. Wir haben die Aufgabe, die Lebenswirklichkeit etwa der Tomatenbäuerinnen soweit zu verstehen, dass daraus politisches Handeln in der Heimatregion erwächst. Pflicht in diesem Fall ist der Kampf gegen die Exportsubventionen und subventionierte Überproduktion in der europäischen Landwirtschaft. Gerne wird der Einwand laut, dass die landwirtschaftliche Lobby in der EU zu stark sei – auch von jenen, die sonst über die schwachen demokratischen und zivilgesellschaftlichen Kräfte in Afrika lamentieren.

Die Linke in Europa muss jedoch zugeben, dass sie momentan zu schwach ist, um ihre Pflicht gegenüber den Bäuerinnen von Kpomassé erfüllen zu können. Sie muss Strategien für mehr Handlungsmacht entwickeln – erst dann kann sie in Kontakt mit afrikanischen Partnerinnen und Partnern treten. Die Wunde, in die wir Linke die Finger legen müssen, sind die organisatorischen und inhaltlichen Defizite, die dazu führen, dass die für Afrika zerstörerischen Landwirtschafts- und Handelspolitiken etwa in Europa fast ohne Widerstand umgesetzt werden. Das liegt auch daran, dass die Linke – Bewegung wie Partei gleichermaßen – diese Themen fälschlicherweise nur am Rande behandelt. In diesem Sinne sind alle zum Weltsozialforum in Dakar willkommen, die sich selbst und die sozialen Bewegungen in Europa zum Handeln herausgefordert sehen. Unter www.dakar2011.org gibt es für Französischkundige mehr über das Sozialforum der Region «Atlantique» und das Weltsozialforum in Dakar.

CLAUS-DIETER KÖNIG LEITET DAS REGIONALBÜRO WESTAFRIKA DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN DAKAR (SENEGAL)

MEINHARD MEUCHE-MÄKER

OFFEN FÜR SKEPTIKER

HAMBURGER STIFTUNG ZIEHT STUDIERENDE UND GEWERKSCHAFTERINNEN AN

Neulich waren die Organisatorinnen und Organisatoren der ersten Ostermärsche aus dem Jahr 1960 bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Hamburg zu Gast. Ein Ereignis, das selbst die Zeitung Welt am Sonntag aufhorchen ließ.

Zwar mit spöttischem Unterton, aber im Kern zutreffend berichtete das Springer-Blatt: «50 Jahre später haben sich wieder an die 100 Menschen versammelt, diesmal im Schrödersaal des Hamburger CVJM-Hauses direkt an der Alster. «50 Jahre Ostermarsch – eine Bewegung im Wandel», lautet der Titel der Veranstaltung, mit der die Rosa-Luxemburg-Stiftung an das Jubiläum erinnern will. Die Haare sind ziemlich grau mittlerweile, klar. Aber die Flugblätter, die lesen sich ganz wie früher. Es ist ein bisschen wie beim Klassentreffen, man duzt sich, man herzt sich, aber hat man noch etwas zu tun miteinander? Und wie war das früher?» Es ist eines der Ziele der Hamburger Landesstiftung, Akteure sozialer Bewegungen in die Angebote zur politischen Bildung einzubeziehen. Als Referierende, als Menschen, die ihre Erfahrungen vermitteln können, aber gleichzeitig auch als Lernende. Dass im Fall der Ostermarsch-OrganisatorInnen die «Grauköpfe» überwogen, der Altersdurchschnitt erheblich über unserem Mittel lag, erklärt sich von selbst.

Anders sah es im vergangenen Jahr etwa beim Thema Finanz- und Wirtschaftskrise aus. Die Vortragsreihe «Die Rückkehr des Staates? Politik, Staat und Gesellschaft nach der Finanzkrise» zog GewerkschafterInnen, aber auch viele Studierende an. Die Reihe war gemeinsam mit dem Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS) der hiesigen Universität entwickelt worden. Später kamen die Hans-Böckler-Stiftung sowie der Verdi-Landesbezirk hinzu. Referenten wie Heiner Flassbeck, Alex Demirović und Elmar Altvater sorgten für spannende und kontroverse Diskussionen. Insgesamt ein gelungenes Beispiel für Bildungsangebote, die brennende Fragen der Zeit aufgreifen, plurale inhaltliche Positionen anbieten, den Teilnehmenden die Möglichkeit zur Entwicklung eigener Standpunkte ermöglichen und Handlungsperspektiven diskutierbar machen. Mehr als 2.300 Menschen nahmen im Jahr 2009 an den

insgesamt mehr als 50 Veranstaltungen der Hamburger Stiftung teil. Der Anteil der Frauen lag bei deutlich mehr als 40 Prozent – aus Sicht des Vorstandes zwar nicht schlecht, aber noch nicht zufriedenstellend. Das Gros der Veranstaltungen wird in zwei Halbjahresprogrammen angekündigt. Aktuelle Veranstaltungen ergänzen die Programme. So organisierte die Landesstiftung während des Bildungsstreiks am besetzten Fachbereich mehrere Veranstaltungen etwa zur Bertelsmann-Stiftung, über Rosa Luxemburg – Referentin war Frigga Haug – sowie ein Marx-Einführungseminar. «Es waren gut besuchte und gelungene Beispiele aufsuchender Bildungsarbeit, die auch zukünftig eine größere Rolle spielen soll», betont der Vorsitzende der Hamburger Rosa-Luxemburg-Stiftung, Winfried Schebesch.

Die Tätigkeit der Landesstiftung, die im Jahr 1996 unter dem Namen «Analyse – Kritik – Utopie» gegründet wurde, wird durch ihre Mitglieder und den Beirat gestaltet. Dem Beirat kommt die Aufgabe zu, die Vereinsaktiven in der Programmgestaltung zu beraten. Er ist zugleich ein Netzwerk von AkteurInnen aus der nahe stehenden Partei DIE LINKE, aus der Wissenschaft und von politischen Initiativen. Auch die Vernetzung mit anderen Trägern politischer Bildung wird großgeschrieben: vom Literaturzentrum bis zur Werkstatt 3, von universitären Gruppen und Einrichtungen bis zu linken Buchhandlungen und Verlagen. Hinzu kommt die Unterstützung der Stipendiatinnen und Stipendiaten bei ihrem Rosa-Luxemburg-Club an der Uni. Die Teilnehmenden lassen sich nicht auf ein bestimmtes politisches oder kulturelles Milieu reduzieren – ein positives Ergebnis. Unter ihnen sind Mitglieder der LINKEN und GewerkschafterInnen, aber auch organisationsskeptische Akteure aus Bewegungen. Für Neugierige und Lerninteressierte also eine gute Chance, sich Wissen und Erfahrungen anzueignen. Unter www.rls-hamburg.de finden sich Informationen zu aktuellen Bildungsangeboten.

MEINHARD MEUCHE-MÄKER IST GESCHÄFTSFÜHRENDES VORSTANDS-MITGLIED DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG HAMBURG UND IM DORTIGEN REGIONALBÜRO DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG TÄTIG

PROVINZRÄTE AUS SÜDAFRIKA ZU GAST

EINZIGER BESUCH BEI EINER PARTEINAHEN STIFTUNG IN DER BUNDESREPUBLIK

Mitglieder des Nationalen Provinzrats Südafrikas (National Council of Provinces) haben sich im März in Berlin über die Bildungsarbeit der Stiftung im In- und Ausland informiert.

Es war der einzige Besuch der Delegation unter Führung des Ratschefs Mninwa Johannes Mahlangu bei einer parteinahen politischen Stiftung. Der Abordnung gehörten VertreterInnen des African National Congress (ANC) sowie der Democratic Alliance (DA) und vom Congress of the People (Cope) an. Geschäftsführer Florian Weis erläuterte den Gästen das System der politischen Bildung in der Bundesrepublik. Regional-Referatsleiter Arndt Hopfmann stellte die Arbeit im südlichen Afrika vor, wo die Stiftung seit dem Jahr 2003 ein Auslandsbüro in Johannesburg unterhält. Sie ist dort

gegenwärtig zu Themenfeldern wie «Demokratie und Partizipation» und «Identität, Vergangenheit und Zukunft» tätig. Wichtige Projekte befassen sich mit dem Zugang zu öffentlichen Gütern, der Förderung von Genossenschaften, dem Erarbeiten von Unterrichtsmaterial zur Landesgeschichte sowie mit der Analyse des sozioökonomischen Wandels und der Sozialstruktur. Zu den mehr als 30 Partnern in der Region zählen das Centre for Sociological Research der Universität Johannesburg, die International Labour Research and Information Group in Kapstadt und das Labour Resource and Research Institute in Windhoek/Namibia. Im Internet unter www.rosalux.de/international/regionen/afrika gibt es mehr Informationen zur Arbeit auf dem afrikanischen Kontinent.

NEUERSCHEINUNGEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG



SCHRIFTEN 17

Horst Friedrich

HEGELS «WISSENSCHAFT DER LOGIK»

EIN MARXISTISCHER KOMMENTAR, DRITTER TEIL

306 S., 19,90 EURO, ISBN 978-3-320-02222-8, KARL-DIETZ-VERLAG BERLIN

Die Leitidee der Dialektik, die Hegel in seiner «Wissenschaft der Logik» begründet, die Idee von der Selbstbewegung in der Welt, gewinnt in unserer Zeit höchste Aktualität. Dies zeigt nicht nur der Erkenntnisgewinn in der heutigen Wissenschaft. Es gilt in besonderem Maß für das Selbstbewusstsein progressiver Akteure, die unter der Losung «Eine andere Welt ist möglich» antreten, die Fortdauer der Menschheit gegen die Bedrohung durch den Finanzmarkt-Kapitalismus, durch seine entfesselte Profitgier zu erkämpfen. Denn diese andere Welt, die sich als emanzipatorisch-solidarische Reformalternative zu den jetzigen Zuständen charakterisieren lässt, kann nur durch das selbstbestimmte, selbstorganisierte Handeln all derer herbeigeführt werden, die nach Selbstbestimmung, sozialer Sicherheit und gerechter Verteilung von Bedingungen für ein Leben in Würde streben. Die hier vorgelegten Studien werden insbesondere jungen Akteuren zur Verfügung gestellt, die die Welt erkennen, weil verändern wollen, und die die Mühe nicht scheuen, die steilen Pfade der Wissenschaft zu erklimmen, von denen Marx schrieb, eine Mühe, die Ausdauer erfordert, sich aber lohnen wird. Hier gilt Goethes Wort: «Was du ererbt von deinen Vätern hast, Erwirb es, um es zu besitzen. Was man nicht nützt, ist eine schwere Last. Nur was der Augenblick erschafft, das kann er nützen.» Teil 1 (Schriften 6) und Teil 2 (Schriften 13) sind ebenfalls lieferbar. ■ ■ ■ Horst Friedrich ist emeritierter Professor für Geschichte der Philosophie, lehrte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

TEXTE 67

Ronald Blaschke, Adeline Otto, Norbert Schepers (Hrsg.)

GRUNDEINKOMMEN

GESCHICHTE – MODELLE – DEBATTEN

422 S., 29,90 EURO, ISBN 978-3-320-02223-5, KARL-DIETZ-VERLAG BERLIN

Die Idee des Grundeinkommens hat eine lange Geschichte hinter sich gebracht und eine spannende Geschichte vor sich. In Deutschland, in Europa und im globalen Kontext nimmt die Debatte um das Grundeinkommen an Fahrt auf – auch vorangetrieben von Linken.

Dieser Band nähert sich auf unterschiedliche Art und Weise dem Thema Grundeinkommen – auf einer eher prinzipiellen und grundsätzlichen und auf einer eher konkrete Ansätze und Modelle diskutierenden Ebene. Im ersten Teil des Buches stellt Ronald Blaschke die vielgesichtige Geschichte der Idee des Grundeinkommens anhand ausgewählter ProtagonistInnen und deren Grundeinkommensansätze dar. Dadurch werden unterschiedliche politische Traditionslinien erkennbar. Katja Kipping legt im zweiten Teil in einem Essay dar, dass es sich beim Grundeinkommen um ein Bürgerrecht handelt, das allen zu gewähren ist. Damit entfällt die Abhängigkeit von der Gnade anderer und die Erniedrigung, um Hilfe bitten zu müssen. Wer sich politisch einbringen will, muss sich die Fahrt zur Demonstration oder die Tageszeitung leisten können. Schon deswegen setzt politische Partizipation ein Mindestmaß an materieller Absicherung, etwa durch ein Grundeinkommen, voraus. Im dritten Teil stellt Ronald Blaschke aktuelle Vorschläge von PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen, Verbänden, Initiativen und Einzelpersonen in Deutschland vergleichend vor, die in Richtung des Ausbaus steuerfinanzierter Sozialtransfers zielen. Es handelt sich dabei um grundlegend verschiedene Modelle: Grund- und Mindestsicherung, Bürgergeld, Negative Einkommensteuer, partielle und bedingungsloses Grundeinkommen. Ein gesondertes Kapitel beschäftigt sich mit der Frage, wie sich der Bestimmung einer Transferhöhe genähert werden kann, die die Existenz sichern und Teilhabe ermöglichen soll. Im vierten Teil des Buches werden linke Ansprüche an ein Grundeinkommen diskutiert und entwickelt. Adeline Otto fasst verschiedene Zugänge der Grundeinkommensdebatte in Europa aus einer linken Perspektive zusammen. Von ihr wurden mehrere AutorInnen aus Europa für eigene Beiträge zum Thema gewonnen und einige dieser Beiträge auch ins Deutsche übertragen. Die Beiträge stammen von José Iglesias Fernández aus Spanien, von Ruurik Holm aus Finnland, von Melina Klaus aus Österreich und von Sepp Kusstatscher aus Italien. ■ ■ ■ Ronald Blaschke studierte Philosophie, Soziologie und Erziehungswissenschaften, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundestagsabgeordneten Katja Kipping, DIE LINKE. Adeline Otto studierte Politik, Geschichte und Recht mit Schwerpunkt Frankreich, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Europaabgeordneten Cornelia Ernst, DIE LINKE. Norbert Schepers ist Politikwissenschaftler und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundestagsabgeordneten Katja Kipping, DIE LINKE. Er ist Vorstandsvorsitzender der Bremer Landesstiftung und Sprecher des Stiftungsrates.

REIHE GESCHICHTE DES KOMMUNISMUS UND LINKSSOZIALISMUS

Wolfgang Schröder

LEIPZIG - DIE WIEGE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG

WURZELN UND WERDEN DES ARBEITERBILDUNGS-
VEREINS 1848/49 BIS 1878/81

BD. XIII DER REIHE, 480 S., 60 ABB., HARDCOVER, ISBN 978-3-320-02214-3,
KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Wie oft ist Leipzig als «Wiege der Sozialdemokratie» gepriesen worden! Wahrlich nicht ohne Grund, denn in der Tat war Leipzig zwar nicht das einzige, wohl aber eines der wichtigsten, wenn nicht gar das wichtigste Zentrum im Formierungsprozess der sozialistischen Arbeiterbewegung. Diese entspross auf unterschiedliche Art dem 1861 gegründeten Gewerblichen Bildungsverein: Mit kühnem Schnitt vollzog hier Ferdinand Lassalle im Mai 1863 mit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) die sozialistische Parteibildung. Leipzig war zudem der Motor des von der «Bebel-Liebknachtschen Richtung» vorangetriebenen und fast ein Jahrzehnt lang verlaufenden Radikalisierungsprozesses, der 1868 im Bekenntnis zum Programm der I. Internationale und 1869 in der Konstituierung der Sozialistischen Partei Deutschlands («Eisenacher» Partei) mündete. 1875 erfolgte die Vereinigung mit dem ADAV. In der Geschichtsliteratur ist das Augenmerk vor allem auf Ferdinand Lassalle und den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein konzentriert worden. Demgegenüber wurde die «Bebel-Liebknachtsche Richtung», vorwiegend mit Berufung auf die quellengestützten Memoiren Bebels, weitgehend in ihrer politisch-ideologischen Rolle als paradigmatische Verkörperung des historischen «Trennungsprozesses der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie» gewürdigt, während die innere Struktur und die Gesamtleistung des Leipziger Bildungsvereins derartig stiefmütterlich behandelt wurde, dass – mit wenigen Ausnahmen – nicht einmal die Vorstandsmitglieder benannt werden konnten. Diese Publikation geht dem Wirken des Vereins nach. ■■■ Wolfgang Schröder ist emeritierter Professor für deutsche Geschichte.

AUS DEM KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Gerd Kaiser

HEIM IN IDYLLISCHER LAGE

VOM KINDERHEIM DER ROTEN HILFE ZU ELGERSBURG
ZUM «HOTEL AM WALD»

175 S., 9,90 EURO, MIT 21 ABB., ISBN 978-3-320-02214-3,
KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Anfang April 1925 reisten in Elgersburg die ersten Kinder an. Dank vielfältiger Spenden konnte das Kinderheim seine Arbeit aufnehmen. Elgersburger Frauen fertigten blauleinene «Russenkittel» mit Bündchenkragen, die Porzellanarbeiter von Geraberg lieferten Essgeschirr, die Gehlberger Arbeiterschaft stiftete Porzellanterrinen ... Am 12. April, am Ostersonntag, fand die Eröffnungsfeier statt. Die Wurzeln solidarischer Arbeiterhilfe reichen in Europa bis ins 19. Jahrhundert. An der Wiege spontaner und massenhafter Solidaritätsaktionen standen politisch wie sozial engagierte Frauen und Männer der verschiedenen Strömungen der deutschen Arbeiterbewegung. Ein wesentlicher Bestandteil von Hilfsaktionen war ab

1924 die Kinderhilfe, die sich in ihrem emanzipatorischen Ansatz grundlegend von dem unterschied, der von privatwirtschaftlichen und konfessionellen, von staatlichen und kommunalen Wohlfahrts-einrichtungen verfolgt wurde. Der Autor verfolgt die Geschichte des «Hauses am Wald» von seinen Anfängen 1890 als Villa über 1933, als das Kinderheim der Unterdrückung der Arbeiterbewegung durch die Nationalsozialisten zum Opfer fiel, bis in die heutige Zeit. Außerdem behandelt er andere Arbeiterkinderheime, die es in Europa von der Atlantikküste und bis zur Wolga gab. ■■■ Gerd Kaiser ist Historiker, zahlreiche Publikationen zur Militärgeschichte und internationalen Arbeiterbewegung.

LUXEMBURG – GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS

Hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

HEFT 1/2010: «FÜR EIN LINKES MOSAIK»

176 S., 10 EURO (JAHRESABO 30 EURO/20 EURO ERMÄSSIGT),
ISBN 978-3-89965-851-4, VSA VERLAG HAMBURG

Die Frühjahrsausgabe der «Luxemburg» nimmt die Linke in den Blick: ihre Strömungen, ihre Verhältnis zu Staat und Regierung, das Verhältnis von Kultur und Bewegung. Kann aus den unterschiedlichen politischen Richtungen und Kulturen ein gemeinsames Projekt werden? Die Frage wird untersucht mit Blick auf die Partei DIE LINKE, aber auch internationale, globale Konstellationen. Hans-Jürgen Urban schlägt den Begriff der «Mosaik-Linken» vor: Nur wenn die (gesellschaftliche) Linke unterschiedliche Traditionen und Kulturen nebeneinander stehen lassen kann, sie aber gleichzeitig zu einem gemeinsamen Projekt anordnet, hat sie Zukunft. Wie kann das gelingen? Dieser Frage geht eine Reihe von Beiträge nach. Das Weltsozialforum ist vor zehn Jahren ähnlich gestartet: Der Raum, in dem sich die globalen Bewegungen treffen, will kein Akteur sein und betont die Distanz zu Staat und Parteien. Genügt das im Kampf um Transformation? Wie können die Kämpfe in den vorhandenen Strukturen mit dem Kampf zur Veränderung dieser Strukturen verbunden werden? ■■■ Mit Beiträgen von Mario Candeias, Hans-Jürgen Urban, Thomas Seibert, Walter Korah, Oliver Nachtwey, Cornelia Hildebrandt, Bernd Riexinger, Michael Jäger, Harold Meyerson, Mimmo Porcaro, Edgardo Lander, Georg Bollenbeck, Franziska Wiethold, Andreas Siekmann, Dmitry Vilenski, Miya Yoshida, Boaventura de Sousa Santos, Michael Löwy, Stephanie Ross, Humberto Cholango, Angela Klein, Ara Wilson sowie einem Gespräch von Tazio Müller mit Paul Nicholson. Mehr Informationen gibt es online unter www.zeitschrift-luxemburg.de.

IMPRESSUM

ROSALUX — Das Journal der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Erscheint vierteljährlich. Herausgeberin: Rosa-Luxemburg-Stiftung – Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V. · Franz-Mehring-Platz 1, D-10243 Berlin · Telefon 030 44310-130, Fax -122 heine@rosalux.de · www.rosalux.de · Redaktion: Harry Adler, Moritz Blanke, Lutz Brangsch, Erwin Heil, Henning Heine (V.i.S.d.P.), Ramona Hering, Axel Krumrey, Ann-Katrin Lebuhn, Peter Ostholt, Marion Schürumpf, Verona Wunderlich · Redaktionsschluss: 30. April 2010 · Titelfoto: Erwin Heil · Nicht gekennzeichnete Fotos: RLS · Layout: umbra-dor – visuelle kommunikation · Satz und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Auflage: 5.000 Stück auf 100 g Soporset, hergestellt aus 100 % chlorfrei gebleichtem Zellstoff · Bestellungen: Karin Malingriaux, Telefon 030 44310-123, Fax -122 · malingriaux@rosalux.de · Printed in Germany, Mai 2010 · ISSN 1864-6794

«Die Abtrennung der Politik von der Gesellschaft und die Herausbildung des bürgerlichen Rechtsstaats sind große Schritte der Emanzipation gewesen. Gleiches gilt für die Erfolge der sozialen Bewegungen, der staatlichen Herrschaftsorganisation etliche Kompromisse aufzuzwingen und sie demokratisch und sozial zu verfassen. Doch diese Emanzipation ist gleichzeitig mit engen Grenzen für die gesellschaftliche Selbstbestimmung und die Demokratie versehen worden.»

ALEX DEMIROVIĆ